



Angekommen? Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg

Ergebnisse einer Online-Umfrage über Arbeitssituation und Lebensbedingungen, Stand März 2024

Gizem Ünsal
Emilia Fabiańczyk
Olga Lushankina

Mai 2024

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“ wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert.



Nach einer ersten Online-Befragung von Dezember 2022 bis Februar 2023 setzte das Projekt European Labour Lab eine zweite Befragung von Januar 2024 bis März 2024 um. Dieses Mal haben knapp 1.000 in Berlin und Brandenburg lebende Geflüchtete aus der Ukraine Auskunft über ihre Erfahrungen in Deutschland gegeben, dabei geht es weniger um das Ankommen als um die quantitativen als auch qualitativen Aspekte der Arbeitsmarktintegration.

Dieses Working Paper bietet einen umfassenden Einblick in ihre soziodemografischen Merkmale, ihre Beschäftigungssituation und Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Bleibeabsichten und -perspektiven in Deutschland sowie die Herausforderungen bei der Arbeitssuche, der durch offizielle Daten zu Ukrainer*innen in Berlin ergänzt wird.

Die Ergebnisse legen nahe, dass trotz ihres hohen Bildungsniveaus die Geflüchteten auf verschiedene Hindernisse stoßen, darunter Schwierigkeiten bei der Anerkennung ihrer

Qualifikationen sowie sprachliche Barrieren. Viele von ihnen streben qualifikationsadäquate Arbeit an, doch die Vermittlung durch Jobcenter oder die Agentur für Arbeit scheint sich oft schwierig zu gestalten: Nur wenige haben ihren Job durch die Arbeitsvermittlung des Jobcenters oder der Agentur für Arbeit gefunden. Weiterhin arbeiten viele in Berufen mit niedriger Qualifikation und entsprechend niedrigen Löhnen. Psychologische Belastungen wie Heimweh und Einsamkeit verstärken die Herausforderungen zusätzlich. Dennoch planen beträchtliche Anteile der Befragten, in Deutschland zu bleiben.

Diese Studie beleuchtet die Herausforderungen der Geflüchteten aus ihrer eigenen Perspektive und bietet damit wichtige Ansatzpunkte für die Politikgestaltung der Metropolregion.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Zahlen und Fakten nach offiziellen Daten.....	3
2.1. Wanderungszahlen.....	3
2.2. Soziodemografie.....	4
2.3. Daten der Agentur für Arbeit zur Beschäftigungssituation.....	7
3. Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine, Januar 2024 bis März 2024	12
3.1. Methodik	12
3.2. Inhalt der Befragung.....	13
3.3. Soziodemografische Merkmale der Befragten.....	13
3.4. Familiensituation.....	16
3.5. Beschäftigungssituation der Befragten	17
3.6. Schnell integriert, aber prekär beschäftigt?.....	20
3.7. Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen	22
3.8. Probleme bei der Arbeitssuche: Die Bereitschaft zur Arbeit ist da, aber.....	24
3.9. Anerkennung von beruflichen Qualifikationen.....	27
3.10. Erfahrungen mit den Jobcentern und Arbeitsagenturen	30
3.11. Bleibeabsichten und -perspektiven in Deutschland.....	34
3.12. „Post Migration Living Difficulties“ (PMLD)	37
4. Zusammenfassung und Ausblick	44
Literaturverzeichnis	46
Abbildungsverzeichnis	48

1. Einleitung

Seit dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs vor mehr als zwei Jahren haben zahlreiche Ukrainer*innen ihre Heimat verlassen und sind nach Deutschland geflohen. Viele von ihnen fanden Zuflucht in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Die Herausforderungen der Integration in das neue Land und in die neue Stadt halten seit über zwei Jahren an, wobei der Spracherwerb, die Betreuung und Bildung der Kinder, das Wohnen und der Zugang zum Arbeitsmarkt nur einige der zentralen Bereiche sind, die besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Die Diskussion über die Arbeitsmarktintegration von Ukrainer*innen in Deutschland steht derzeit im Fokus, auch aufgrund der jüngsten Einführung des sogenannten „Job-Turbos“. Das Programm zielt darauf ab, geflüchteten Menschen unmittelbar nach Abschluss ihrer Integrationskurse einen direkten Übergang in den Arbeitsmarkt oder den Beginn einer Ausbildung zu ermöglichen (BMAS 2024). Die Initiative ist mit Chancen, aber auch mit potenziellen Herausforderungen verbunden, die sich bei der Umsetzung ergeben können. In diesem Kontext soll die vorliegende Studie dazu beitragen, ein umfassenderes Verständnis für die aktuelle Situation und die Arbeitsmarktintegration von Ukrainer*innen in Berlin und Brandenburg zu entwickeln.

Während sich die 2023 von Minor veröffentlichte Studie¹ zur ersten Online-Umfrage vor allem auf Ankommensprozesse sowie auf die allgemeinen Herausforderungen der Geflüchteten konzentrierte, liegt der Fokus der vorliegenden Studie auf den sowohl quantitativen als auch qualitativen Aspekten der Arbeitsmarktintegration. Die Befragung hat zum Ziel, die Erfahrungen der Ukrainer*innen zu erfassen und dabei Herausforderungen für eine erfolgreiche Arbeitsaufnahme zu identifizieren. Ebenso wird geprüft, ob Personen, die bereits eine Arbeit gefunden haben, prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt sind. Weiterhin werden allgemeine Stressfaktoren berücksichtigt, die von Sprach- und Kommunikationsproblemen bis hin zu Diskriminierungserfahrungen reichen. Diese Erkenntnisse können als Grundlage dienen, um gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von geflüchteten Ukrainer*innen in der Region zu entwickeln und zu realisieren.

2. Zahlen und Fakten nach offiziellen Daten

2.1. Wanderungszahlen

Über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine² sind in Deutschland registriert (Stand vom 31. März 2024). Davon leben 64.210 Personen in Berlin und 30.360 in Brandenburg. Von diesen

¹ Ünsal, G./ von Oswald, A. / Lushankina, O. (2023): Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg. Ergebnisse einer Online-Umfrage über die Arbeitssituation und Lebensbedingungen, Stand Februar 2023. <https://minor-kontor.de/gefluechtete-aus-der-ukraine-in-berlin-und-im-land-brandenburg/>.

² 1.152.656 Personen sind zum 31.03.2024 im Ausländerzentralregister als Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erfasst.

wiederum besitzen 3.630 Personen in Berlin und 815 in Brandenburg keine ukrainische Staatsangehörigkeit (BAMF 2024a).

Die Mehrheit der Geflüchteten ist zwischen März und September 2022 nach Berlin gekommen. Seitdem kommen weiterhin Menschen aus der Ukraine nach Berlin, aber wesentlich weniger als in der ersten 6 bis 7 Monaten des Krieges. Hinsichtlich der Abwanderungen zeigt sich, dass seit Beginn des Krieges jeden Monat Menschen in die Ukraine zurückkehren, wobei die Anzahl der Rückkehrenden stets unter 700 Personen liegt (Abbildung 1)³.

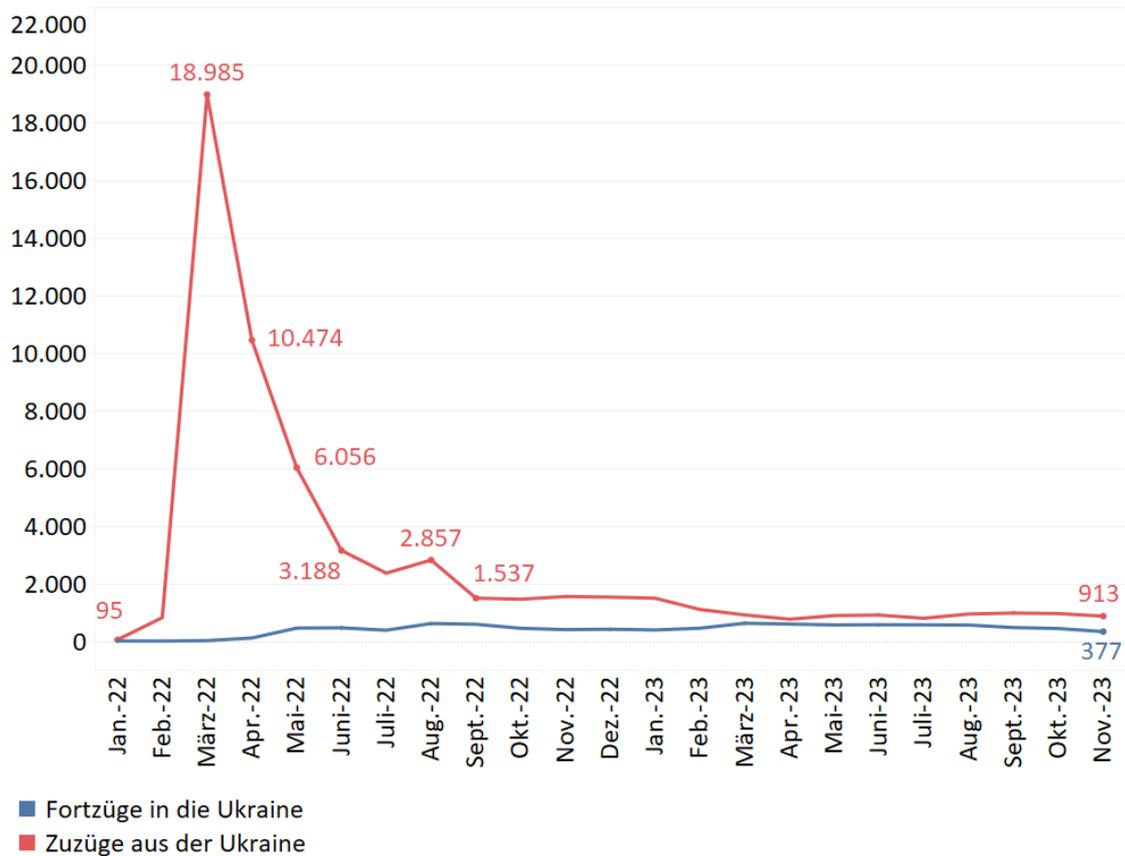


Abbildung 1: Fort- und Zuzüge in die/aus der Ukraine nach Berlin/aus Berlin.

Eigene Darstellung nach Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024 © Minor

2.2. Soziodemografie

Geschlechtsverteilung

Die Geschlechtsverteilung der Geflüchteten spiegelt die Kriegssituation in der Ukraine wider. Männer, die unter 60 Jahre alt sind, dürfen die Ukraine aufgrund der Mobilmachung nicht

³ Hier werden die Wanderungsbewegungen zwischen der Ukraine und Berlin betrachtet, unabhängig von den Staatsangehörigkeiten der Einzelpersonen.

verlassen. 60,0 % der Geflüchteten aus der Ukraine in Berlin sind Frauen.⁴ Diese Verteilung stimmt auch mit dem deutschlandweiten Trend überein. Unter den Geflüchteten aus der Ukraine, die keine ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen, ist jedoch die Geschlechtsverteilung anders: Hier bilden Männer mit 67 % die Mehrheit (BAMF 2024a).

Altersverteilung

In Berlin sind insgesamt 73,0 % der Geflüchteten aus der Ukraine im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren). Dieser Anteil ist im Vergleich zu Brandenburg (64,1 %) und bundesweit (66,2 %) höher. Zugleich ist der Anteil an Kindern (unter 15 Jahren) in Berlin mit 20,1 % sowohl im Vergleich zu Brandenburg (27,9 %) als auch im bundesweiten Vergleich (26,7 %) niedriger (Abbildung 2).

Eine nähere Betrachtung der Alters- und Geschlechtsverteilung zeigt, dass in Berlin ein auffällig hoher Anteil an Männern im Alter zwischen 18 und 45 Jahren zu verzeichnen ist, während dieser Trend in Brandenburg und deutschlandweit weniger ausgeprägt ist (Abbildung 2). Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass Berlin als Hauptstadt eine größere Anziehungskraft auf erwerbsfähige Personen ausübt, die auf der Suche nach Beschäftigung sind.

⁴ Für diese Berechnung wurden Personen ausgeschlossen, für die keine Angaben zum Geschlecht vorlagen (insgesamt 730 Personen betroffen).

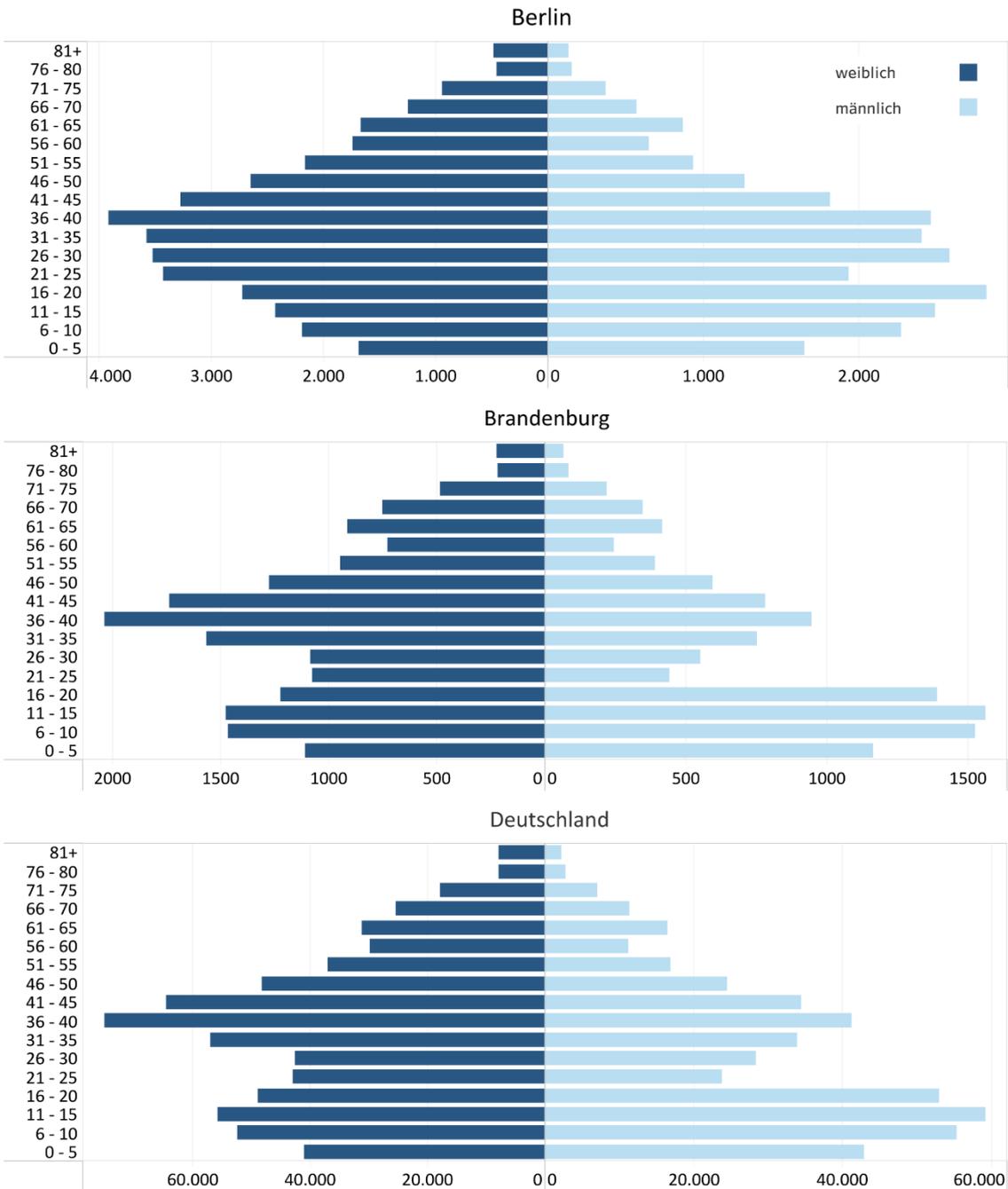


Abbildung 2: Bevölkerungspyramide der Geflüchteten aus der Ukraine nach Bundesland und bundesweit (Stichtag: 31.03.2024).

Eigene Darstellung nach BAMF 2024a © Minor

2.3. Daten der Agentur für Arbeit zur Beschäftigungssituation

In diesem Abschnitt werden die offiziellen Daten der Agentur für Arbeit verwendet, um die Arbeitsmarktsituation der Ukrainer*innen in Berlin zu analysieren. Dabei werden auch teilweise Vergleiche mit anderen Bevölkerungsgruppen sowie anderen Bundesländern gezogen. Dieser Abschnitt liefert somit die Grundlageninformationen für die Analyse der Befragung, die in den folgenden Kapiteln dargestellt wird.

Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten

Die Beschäftigungsquote von Ukrainer*innen in Berlin beträgt 28,7 % (Stand: 30.09.2023). Damit liegt Berlin knapp hinter Bayern (30,2 %) an zweiter Stelle der Bundesländer mit den höchsten Beschäftigungsquoten. Bei der Arbeitslosenquote weisen die in Berlin lebenden Geflüchteten mit 38,6 % die niedrigste Quote aller Bundesländer auf (BA 2024b).

Quantitativ betrachtet ist die Beschäftigungssituation der Ukrainer*innen in Berlin im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern positiver. Es ist jedoch wichtig, auch die qualitativen Aspekte der Arbeitsmarktintegration – wie die Übereinstimmung der Qualifikationen mit der Beschäftigung oder das Gehaltsniveau – zu berücksichtigen, um ein umfassenderes Bild der Situation der Ukrainer*innen zu erhalten.

Anforderungsniveau

Die Beschäftigtenzahlen legen nahe, dass es bei vielen Ukrainer*innen etwa ein Jahr dauerte, bis sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin fanden, da die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erst ab Januar 2023 stärker zunahm. Diese Zunahme ist insbesondere sowohl bei Tätigkeiten mit geringerem Anforderungsniveau wie Helfer*innen als auch bei Fachkräften zu beobachten (Abbildung 3).

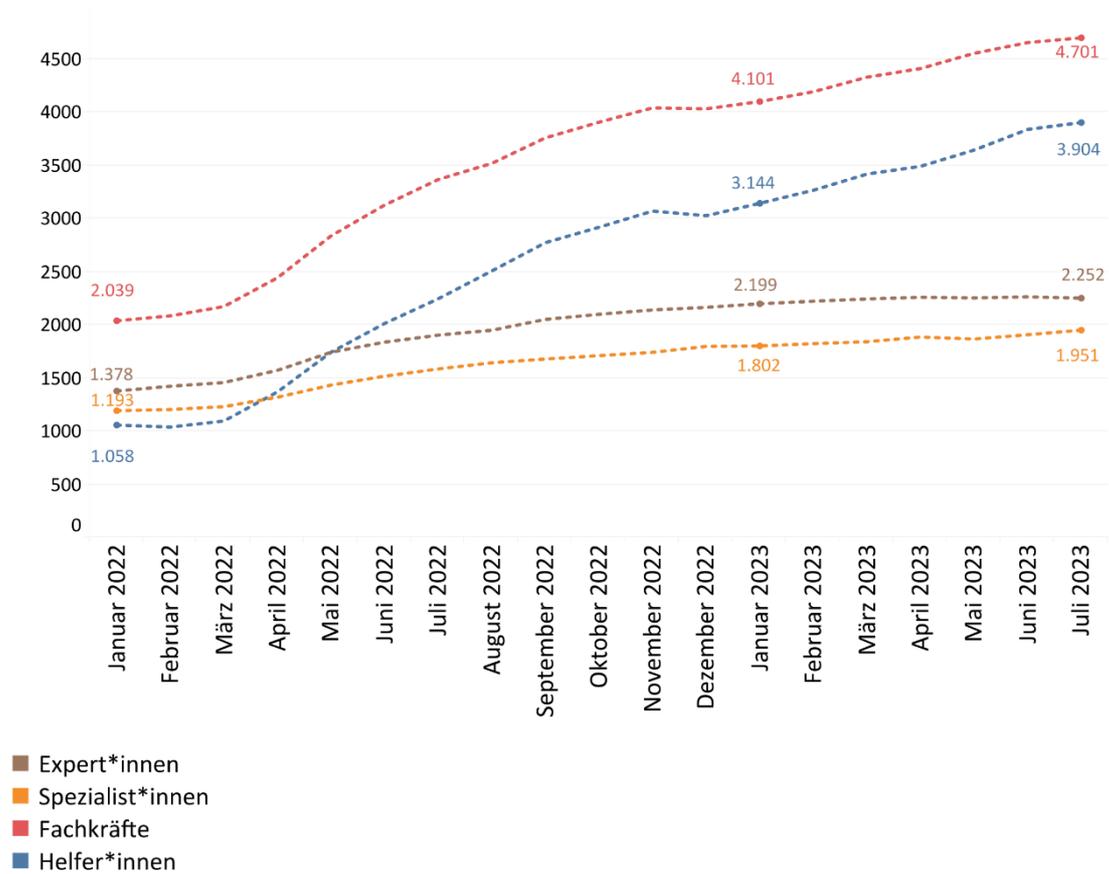


Abbildung 3: Beschäftigte Ukrainer*innen in Berlin nach Anforderungsniveau der Beschäftigung (Januar 2022 - Juli 2023).

Eigene Darstellung nach BA 2024a © Minor

Wirtschaftszweige

Ukrainische Staatsangehörige, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, arbeiten oft in der Branche Information und Kommunikation. Dort werden häufig Englischkenntnisse als ausreichend betrachtet. Geflüchtete aus der Ukraine, die über entsprechende Qualifikationen verfügen, haben daher gute Chancen auf einen schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt, wie Daten der Agentur für Arbeit zeigen. Im Gegensatz dazu sind weniger Personen in Branchen wie Erziehung und Unterricht oder im Gesundheitswesen tätig, wo Deutschkenntnisse oft eine wichtigere Rolle spielen.

Es zeigen sich ebenfalls Unterschiede zwischen Personen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und denen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte arbeiten häufiger in niedrigqualifizierten Tätigkeiten wie dem Gastgewerbe oder Dienstleistungsberufen in privaten Haushalten (Abbildung 4).

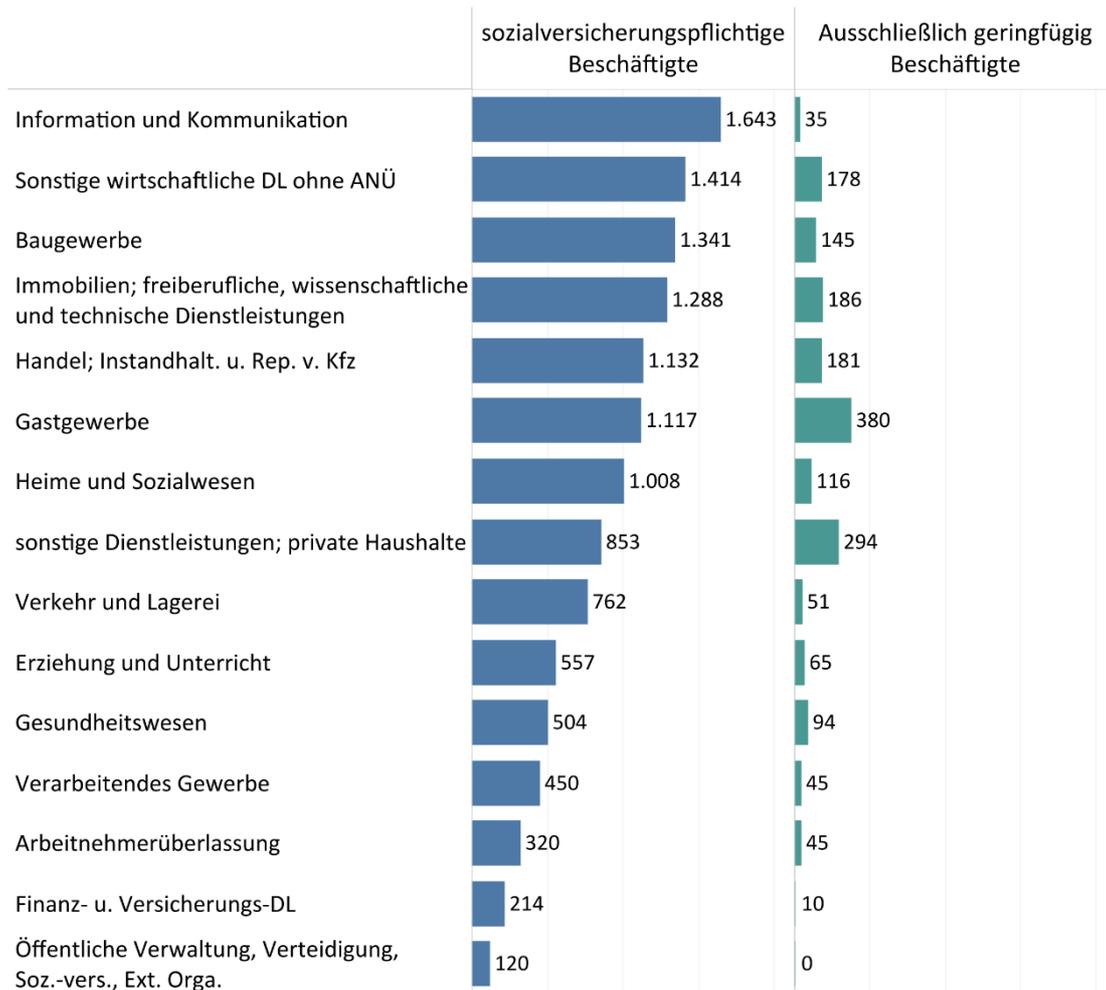


Abbildung 4: Wirtschaftszweige von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig beschäftigten Ukrainer*innen in Berlin.⁵

Eigene Darstellung und Berechnung nach BA 2023 (Stichtag: 30.06.2023) © Minor

Entgelte

Mit Stand vom 31. Dezember 2022 verdienen vollzeitbeschäftigte Ukrainer*innen in Berlin ein Medianentgelt⁶ von 3.118 Euro. Das sind 17 Euro weniger als Vollzeitbeschäftigte aus EU-Staaten, aber 407 Euro mehr als Personen aus anderen Asylherkunftsländern. Bei Betrachtung der Medianwerte haben Ukrainer*innen über 700 Euro weniger zur Verfügung als deutsche Staatsangehörige (Abbildung 5).

⁵ ANÜ: Arbeitnehmerüberlassung; DL: Dienstleistungen

⁶ „Medianentgelt“ ist das mittlere Gehalt innerhalb einer Bevölkerungsgruppe. Es entspricht dem Gehalt, das sich genau in der Mitte einer sortierten Liste von Gehältern befindet, wobei die Hälfte der Arbeitnehmer*innen mehr und die andere Hälfte weniger verdient.

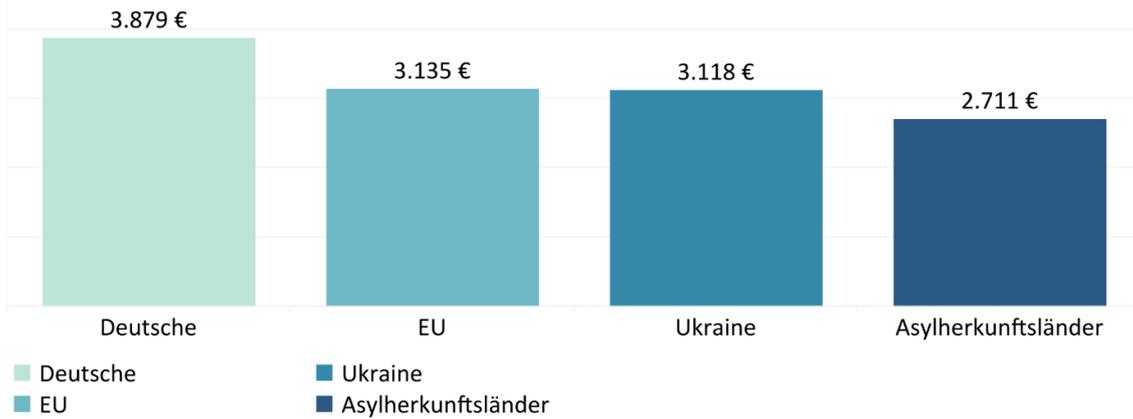


Abbildung 5: Mediane Entgelte der Vollzeit-Beschäftigten in Berlin nach Bevölkerungsgruppen
 n = 823.183/77.568/6.690/15.861. Eigene Darstellung und Berechnung nach BA 2023 (Stichtag: 31.12.2022) © Minor

Die Unterschiede in den Gehältern zwischen deutschen Staatsangehörigen und Ukrainer*innen lassen sich nicht ausschließlich auf die Unterschiede in den ausgeübten Tätigkeiten zurückführen. Zum Beispiel verdienen Helfer*innen aus der Ukraine über 500 Euro weniger als Helfer*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Damit verdienen Ukrainer*innen über alle Anforderungsniveaus hinweg weniger als deutsche sowie andere EU-Staatsangehörige. Im Vergleich zu Menschen aus anderen Asylherkunftsländern verdienen Ukrainer*innen in niedrigen Anforderungsniveaus etwas weniger, in höheren Anforderungsniveaus jedoch mehr (

Abbildung 6).

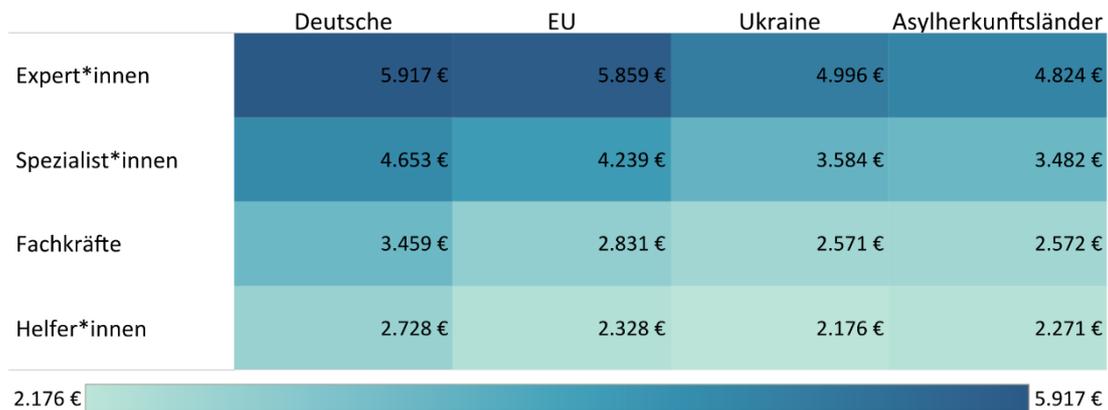


Abbildung 6: Mediane Entgelte der Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland⁷ nach Bevölkerungsgruppen und Anforderungsniveau.

n = 18.536.331/1.762.783/79.045/318.667. Eigene Darstellung und Berechnung nach BA 2023a (Stichtag: 31.12.2022) © Minor

⁷ Hierzu stehen keine Daten speziell für Berlin zur Verfügung, sondern lediglich deutschlandweit.

Niedrigverdiener*innen

31,5 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ukrainer*innen in Berlin sind als Niedrigverdiener*innen einzustufen.⁸ Das heißt, dass ihre Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs liegen, die im Jahr 2022 bei 2.431 € lag. Dieser Anteil ist jedoch geringer als bei EU-Bürger*innen aus den EU-Osterweiterungsländern (41,6 %) und Menschen aus anderen Asylherkunftsländern (38,6 %).

Ein Vergleich mit anderen Bundesländern ergibt, dass die Verdienstsituation der Ukrainer*innen in Berlin deutlich vorteilhafter ist. Zum Beispiel beträgt der Anteil der Niedrigverdiener*innen im Saarland 75,5 % und in Thüringen 63,7 %.

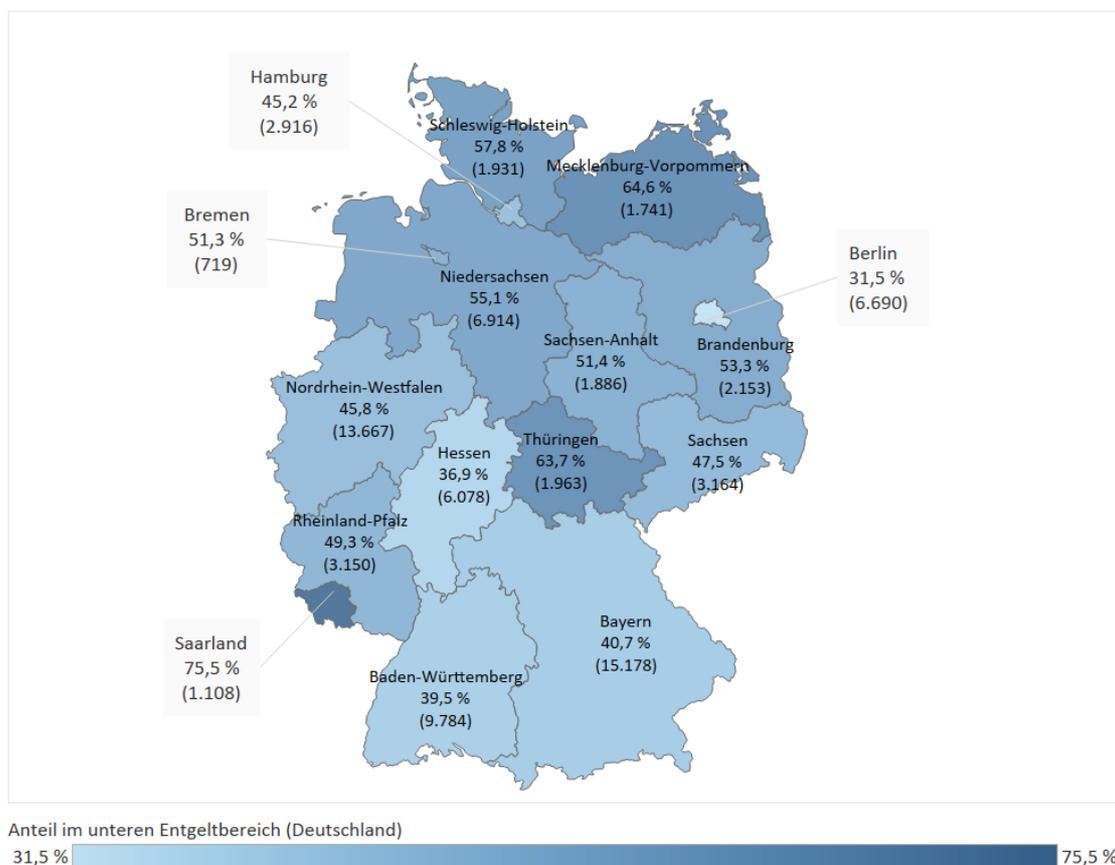


Abbildung 7: Anteil der ukrainischen Beschäftigten mit Entgelten unterhalb der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.431 €) nach Bundesländern (Stichtag: 31.12.2022).

Eigene Darstellung nach BA 2023 © Minor

⁸ Entgelte, die unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs liegen (2.431 €).

Zusammenfassend lässt sich rein deskriptiv feststellen, dass die Beteiligung von Ukrainer*innen am Berliner Arbeitsmarkt im Laufe der Zeit zugenommen hat. Allerdings deuten sowohl die Branchen, in denen die Ukrainer*innen beschäftigt sind, als auch das Anforderungsniveau und die Entgelte auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse hin. Verglichen mit anderen Bundesländern oder dem gesamten deutschen Durchschnitt zeigt sich jedoch, dass die Situation in Berlin sowohl quantitativ als auch qualitativ günstiger ist. Es bleibt dennoch die Herausforderung bestehen, die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten für Ukrainer*innen zu verbessern und sicherzustellen, dass sie Zugang zu sicheren und angemessen entlohnten Arbeitsplätzen haben, die ihren Qualifikationen entsprechen.

3. Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine, Januar 2024 bis März 2024

Das vorliegende Working Paper basiert auf einer mehrsprachigen Online-Befragung, die von Minor im Rahmen des Projekts „European Labour Lab Berlin“ von Januar 2024 bis März 2024 durchgeführt wurde und an die Ergebnisse der ersten Umfrage von Minor von Dezember 2022 bis Februar 2023 anknüpft. Es ist zu beachten, dass es sich hierbei um unterschiedliche Stichproben handelt. Dennoch ermöglicht der Vergleich zwischen den beiden Umfragen wertvolle Einblicke in allgemeine Trends und Veränderungen über die Zeit hinweg.

3.1. Methodik

Mit der Umfrage konnten 988 Personen erreicht werden. Um die Umfrage möglichst zielgruppengerecht und effizient zu verbreiten, wurden - ebenso wie bei der ersten Umfrage - verschiedene Kanäle und Zugänge genutzt. Der Link zur Umfrage wurde während des Umfragezeitraums in 46 Facebook- und Telegrammgruppen geteilt, in denen die Zielgruppe häufig vertreten ist. Zusätzlich wurde wöchentlich Werbung auf Facebook sowie Instagram geschaltet. In der Metropolregion Berlin-Brandenburg lebende Geflüchtete, die Facebook auf Ukrainisch und/oder Russisch nutzen, wurden entsprechend auf den Aufruf zur Teilnahme an der Befragung hingewiesen. Darüber hinaus wurden Multiplikator*innen, die gut mit den Geflüchteten vernetzt sind, um Unterstützung bei der Verbreitung des Befragungslinks gebeten. Dazu gehören Vertreter*innen der Berliner Migrationsberatungsstellen, Migrantenselbstorganisationen und Hilfsorganisationen. Da es sich bei unserer Stichprobe um ein „Convenience Sample“⁹ handelt, ist die vorliegende Studie nicht repräsentativ.

Zur Vergleichbarkeit mit der ersten Umfrage wird in der vorliegenden Stichprobe keine Gewichtung vorgenommen. Die Analyse der Befragungsergebnisse umfasst stets eine separate Betrachtung der männlichen und weiblichen Befragten. Sollten bedeutsame Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern festgestellt werden, werden diese im Text entsprechend beschrieben.

⁹ Convenience Sampling bedeutet, dass Teilnehmende in einer Befragung aufgrund ihrer leichten Erreichbarkeit oder Verfügbarkeit ausgewählt werden, anstatt zufällig (Stratton 2021).

3.2. Inhalt der Befragung

Die Befragung wurde in ukrainischer, russischer und deutscher Sprache angeboten. Der Umfragekatalog umfasste Fragen zu verschiedenen Themen, darunter soziodemografische Merkmale, aktuelle Arbeitssituation, Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen, Bleibeabsichten in Berlin/Brandenburg, Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Zusätzlich wurde die Checkliste „Post Migration Living Difficulties“ (PMLD) verwendet, um die Belastungen und Stressfaktoren zu erfassen, mit denen Geflüchtete in Deutschland konfrontiert sind (Silove et al., 1999). Dabei wurde die verkürzte und an die deutsche Lebenssituation angepasste Version von Semmlinger & Ehring (2022) verwendet, wobei die Fragen spezifisch auf die Situation der Geflüchteten aus der Ukraine zugeschnitten wurden.

Der Fragebogen enthielt zudem mehrere offene Fragen zu Erfahrungen mit Jobcentern/der Agentur für Arbeit, Teilnahme an Sprachkursen und Fragen über die Arbeitsverhältnisse in der Metropolregion. Die Antworten auf die offenen Fragen wurden thematisch geclustert und als Zitate oder Abbildungen in das Working Paper integriert.

3.3. Soziodemografische Merkmale der Befragten

Geschlechtsverteilung überwiegend weiblich

Wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, unterliegen Männer unter 60 Jahren in der Ukraine der allgemeinen Wehrpflicht. Aus diesem Grund flüchten hauptsächlich Frauen und Kinder aus der Ukraine. Diese Dynamik spiegelt sich deutlich in der Geschlechterverteilung der vorliegenden Umfrage wider, bei der etwas mehr als drei Viertel (75,3 %) der Befragten Frauen sind. Damit sind Frauen in unserer Befragung überrepräsentiert. Die Unterrepräsentanz von geflüchteten Männern könnte darauf zurückzuführen sein, dass diese häufig in den älteren Altersgruppen vertreten sind, die für Online-Befragungen schwerer zu erreichen sind.

Mehrheitlich Menschen im erwerbsfähigen Alter

Ein Großteil der Umfrageteilnehmer*innen gehört zur erwerbsfähigen Bevölkerung, da 86,6 % der Befragten im Alter zwischen 18 und 65 Jahren liegen. Innerhalb dieser Altersgruppe sind 55,3 % zwischen 26 und 45 Jahren alt, während etwas mehr als ein Drittel (35,3 %) zwischen 46 und 65 Jahren liegt. Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren machen 11 % der Stichprobe aus. Die Altersgruppe über 66 Jahre ist mit 2,4 % am wenigsten vertreten, möglicherweise aufgrund der onlinebasierten Natur der Umfrage, die vor allem jüngere Menschen besser erreicht.

Hohe Bildungsabschlüsse der Befragten

Die Befragten weisen ein hohes Bildungsniveau auf, da mehr als drei Viertel von ihnen einen Bachelor-, Master- oder Promotionsabschluss besitzen. Auffällig ist, dass Frauen häufiger über einen dieser Abschlüsse verfügen als Männer (77,2 % Frauen im Vergleich zu 71,6 % Männer). Dieses Muster entspricht auch den Ergebnissen der deutschlandweiten repräsentativen IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Studie, die zeigt, dass unter den Geflüchteten aus der Ukraine vor allem Personen mit einem höheren tertiären Bildungsniveau, d.h. einem akademischen Abschluss,

vertreten sind. Darüber hinaus ist ihr Anteil im Vergleich zur Bevölkerung in der Ukraine höher – 72 % zu 50 % (BAMF 2023: 35).

Ankunft in Deutschland vor allem kurz nach Kriegsausbruch

Die überwiegende Mehrheit der Befragten kam im Jahr des Kriegsausbruchs (2022) mit einem Anteil von 86,6 % in Deutschland an. Insbesondere kamen die meisten von ihnen unmittelbar nach dem Ausbruch des Konflikts, zwischen dem 24. Februar und Ende März 2022 - was 57,8 % der mit dieser Umfrage erreichten Geflüchteten entspricht. Im Jahr 2023 entschieden sich weitere 12,8 % der Befragten für die Flucht nach Deutschland. Lediglich 0,6 % der Geflüchteten erreichten Deutschland im Befragungszeitraum der Umfrage, d.h. Januar – März 2024.

Herkunftsorte der Befragten

Vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine lebten viele befragte Geflüchtete in Kyjiw, was 28,2 % der Stichprobe ausmachte. Weiterhin sind in der Stichprobe auch Personen aus den östlichen Regionen der Ukraine vertreten, die stark vom Krieg betroffen sind, wie Charkiw, Dnipropetrowsk, Saporischschja und Donezk, mit einem Anteil zwischen 4,4 % und 16,2 %. Auch Odesa trägt mit 7,9 % einen bedeutenden Anteil bei. Die Befragten aus anderen Regionen sind jeweils mit weniger als 4,1 % vertreten (siehe Abbildung 7).

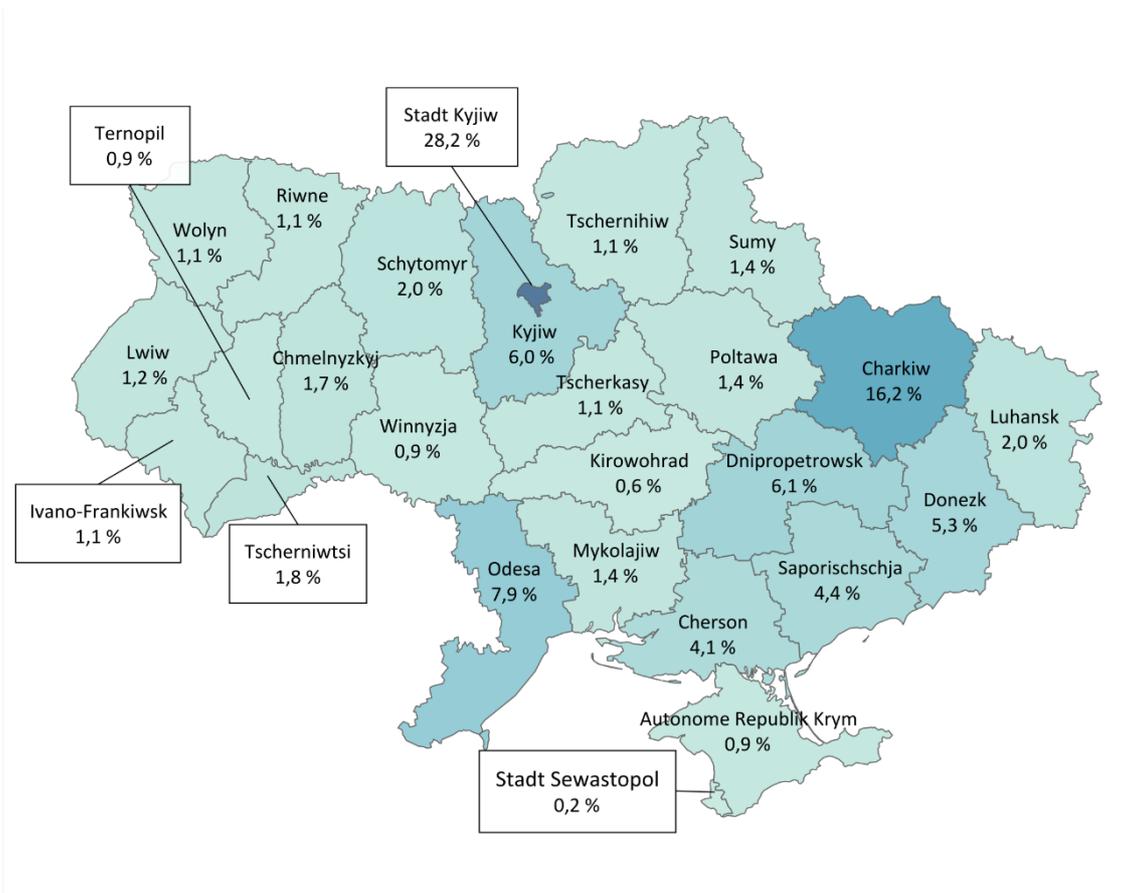


Abbildung 8: Regionen der Ukraine, in denen die Befragten vor dem Krieg lebten.
n = 655 © Minor

Nur jede sechste Person spricht kein/kaum Deutsch

Weniger als die Hälfte der Befragten hatte zum Zeitpunkt der Umfrage mittlere Deutschkenntnisse: 27,2 % auf dem Niveau B1 (Mittelstufe) und 15 % auf dem Niveau B2 (gute Mittelstufe). Über ein Drittel schätzt ihre Sprachkenntnisse auf Anfänger- oder Grundstufenniveau (A1 - A2) ein. Mehr als 15,3 % der Befragten spricht kein Deutsch, während lediglich 6 % fortgeschrittene oder muttersprachliche Deutschkenntnisse besitzen.

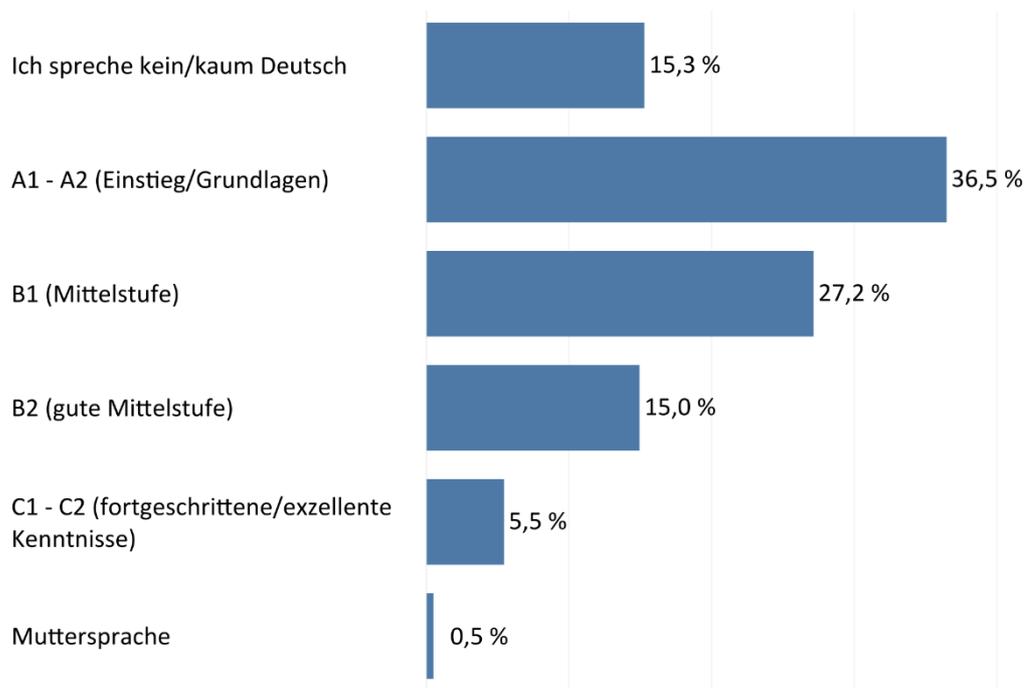


Abbildung 9: Deutschkenntnisse der Befragten zum Zeitpunkt der Umfrage
n= 953 © Minor

Vergleicht man die Selbsteinschätzung der Befragten zu ihren Deutschkenntnissen mit der Umfrage von vor einem Jahr, zeigt sich ein bedeutender Anstieg der Sprachkompetenzen. Insbesondere in höheren Sprachniveaus als B1 ist eine deutliche Verbesserung erkennbar: Während im Jahr 2023 nur 15,3 % angaben, über B1-Kenntnisse und höher zu verfügen, stieg dieser Anteil ein Jahr später auf 48,2 %. Ebenso gaben Anfang 2023 noch 33,2 % der Befragten an, kein oder kaum Deutsch zu sprechen, während ein Jahr später, nur noch ein deutlich geringerer Anteil der Befragten (15,3 %) diese Einschätzung abgab.

Es ist auffällig, dass der Zeitpunkt der Ankunft in Berlin in Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen steht, wie bereits in der vorherigen Umfrage festgestellt wurde. Personen, die unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges nach Deutschland gekommen sind, verfügen häufiger über bessere Deutschkenntnisse als diejenigen, die in späteren Phasen des Konflikts die Ukraine verlassen haben. Fast die Hälfte der Geflüchteten, die zwischen 2023 und 2024 ankamen, gibt an, keine Deutschkenntnisse zu haben, während dieser Anteil bei denen, die zwischen dem 24. Februar und Ende März 2022 ankamen, nur 7,2 % beträgt.

Alter beeinflusst Englischkenntnisse

Die Selbstbewertung der Englischkenntnisse der Befragten zeigt eine ausgeglichene Verteilung: Fast ein Viertel gibt an, kein oder nur wenig Englisch zu sprechen, während jede fünfte Person die Sprache auf fortgeschrittenem oder sogar muttersprachlichem Niveau beherrscht. Zusätzlich verfügen 28,3 % der Befragten über Englischkenntnisse auf dem Sprachniveau B1 – B2. Es ist festzustellen, dass jüngere Befragte tendenziell über bessere Englischkenntnisse verfügen. Zum Beispiel geben zwei Drittel der Befragten unter 35 Jahren (65,4 %) an, Englisch auf dem Niveau B1 und höher zu beherrschen, während dies nur von 17,8 % der Personen über 50 Jahren angegeben wird.

Haupteinkommensquellen der Befragten

Die Haupteinkommensquelle von mehr als der Hälfte der Befragten (58,1 %) sind zum Zeitpunkt der Befragung Sozialleistungen über das Jobcenter bzw. die Agentur für Arbeit. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten finanziert sich hauptsächlich durch das Einkommen aus der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Nur ein kleiner Teil der Befragten finanziert sich derzeit aus anderen Quellen wie Ersparnissen, Arbeit in der Ukraine, Renten oder Stipendien.

3.4. Familiensituation

In diesem Kapitel wird die Familiensituation der befragten Geflüchteten in Berlin und Brandenburg, einschließlich der Bildungssituation ihrer Kinder, genauer untersucht.

Ein erheblicher Anteil von 39 % der Befragten lebt zusammen mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. Diese Zahl liegt nur leicht unter den Ergebnissen der repräsentativen IAB-BiB/FReDA-BAMF-Studie, die ergab, dass etwa die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten angab, mit mindestens einem minderjährigen Kind in Deutschland zu leben (BAMF 2023: 81). Es zeigen sich eine Vielzahl von Familienkonstellationen: Die größte Gruppe von Eltern (25 % aller Befragten) hat ein Kind, während 11,5 % zwei Kinder haben und lediglich 3,3 % mehr als zwei Kinder haben.

Bildungssituation der Kinder

Des Weiteren wird die Bildungssituation der Kinder genauer betrachtet. Ein Großteil (93,3 %) besucht derzeit eine Bildungs- bzw. Betreuungseinrichtung. Davon sind 271 Kinder in deutschen Schulen eingeschrieben, während weitere 59 Kinder in Kindertagesstätten oder von Tagesmüttern betreut werden. Auffällig ist, dass 39 Kinder eine Online-Fernschule mit ukrainischem Lehrplan besuchen. Zudem sind 37 Kinder in sogenannten „Willkommensklassen“ eingeschrieben, um sich auf den Übergang in eine Regelklasse vorzubereiten.

Fehlende Kita- und Schulplätze

Die Eltern der Kinder, die derzeit keine Bildungs- bzw. Betreuungseinrichtung in Deutschland besuchen (25 Kinder), wurden nach den Gründen hierfür befragt. Ihre Antworten legen nahe, dass dies zum einen an fehlenden Kitaplätzen liegt. Der Personalmangel in deutschen Kitas und die daraus resultierenden fehlenden Kitaplätze werden seit Jahren diskutiert. Expert*innen

weisen auf die zunehmend dramatische Situation in deutschen Kitas hin (Deutscher Kitaleitungskongress 2023). Dieser Mangel an Fachkräften ist auch in Berliner Kitas und Grundschulen ein großes Problem (Bertelsmann Stiftung 2023). Zum anderen nennen die befragten Eltern fehlendes Wissen über die administrativen Verfahren zur Aufnahme in eine Kita bzw. Schule sowie bürokratische Hürden. In den offenen Antworten finden sich viele Kommentare wie: „Es gibt keinen Kitaplatz für mein Kind“, „Wir haben keinen Kitaplatz bekommen“, „Es ist schwierig, einen Kitaplatz zu finden“.

Auch vereinzelte offene Antworten deuten darauf hin, dass neben dem Mangel an Kindergartenplätzen auch bürokratischen Hürden sowie Informationsbedarf über die Formalitäten für den Zugang zu Betreuungseinrichtungen bestehen:

„Ich konnte lange Zeit nicht verstehen, an wen ich mich für einen Kitaplatz wenden muss. Jetzt gibt es keine Plätze.“ (Frau, 42 Jahre alt, ein Kind)

„Wegen fehlender Anmeldung bekomme ich keinen Kitaplatz.“ (Frau, 42 Jahre alt, zwei Kinder)

Eine der Befragten gibt den Inhalt der Nachricht wieder, die sie von der Schule erhielt, an der sie ihre Kinder einschreiben wollte:

„Leider können Ihre Töchter derzeit nicht an unserer Schule aufgenommen werden. Wir haben nicht genügend Räume und Lehrer. Wir sind gerade dabei, mit der Schulleitung abzuklären, wann wir wieder eine Willkommensklasse einrichten können. Ich bedauere diese Situation sehr und muss Sie leider um Geduld bitten.“ (Schulbegründung an eine Mutter von zwei Kindern, 38 Jahre alt)

Diese Zitate verdeutlichen die Personalprobleme, mit denen die Hauptstadt derzeit zu kämpfen hat. Gleichzeitig steht die stabile Betreuungssituation der Kinder in Zusammenhang mit dem Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Sprache und Bildung der Eltern. Die Tatsache, dass ein großer Anteil der geflüchteten Frauen bis zum Familiennachzug auf unbestimmte Zeit alleinerziehend sind und somit verstärkt auf die Fremdbetreuung der Kinder angewiesen sind, beeinflusst ihre Chancen für eine erfolgreiche soziale und berufliche Integration zusätzlich negativ.

3.5. Beschäftigungssituation der Befragten

In diesem Kapitel wird die Beschäftigungssituation der Befragten genauer analysiert. Neben den deskriptiven Erkenntnissen werden auch Erfahrungen mit informellen Beschäftigungsformen oder prekären Arbeitsverhältnissen berücksichtigt, die in den offiziellen Daten der Agentur für Arbeit nicht erfasst sind.

Knapp ein Drittel der Befragten geht einer Arbeit nach. Ein weiteres Drittel besucht Integrations- oder Sprachkurse. Es gibt hierbei geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen geben häufiger an, Sprachkurse zu besuchen während Männer öfter angeben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (Abbildung 10).

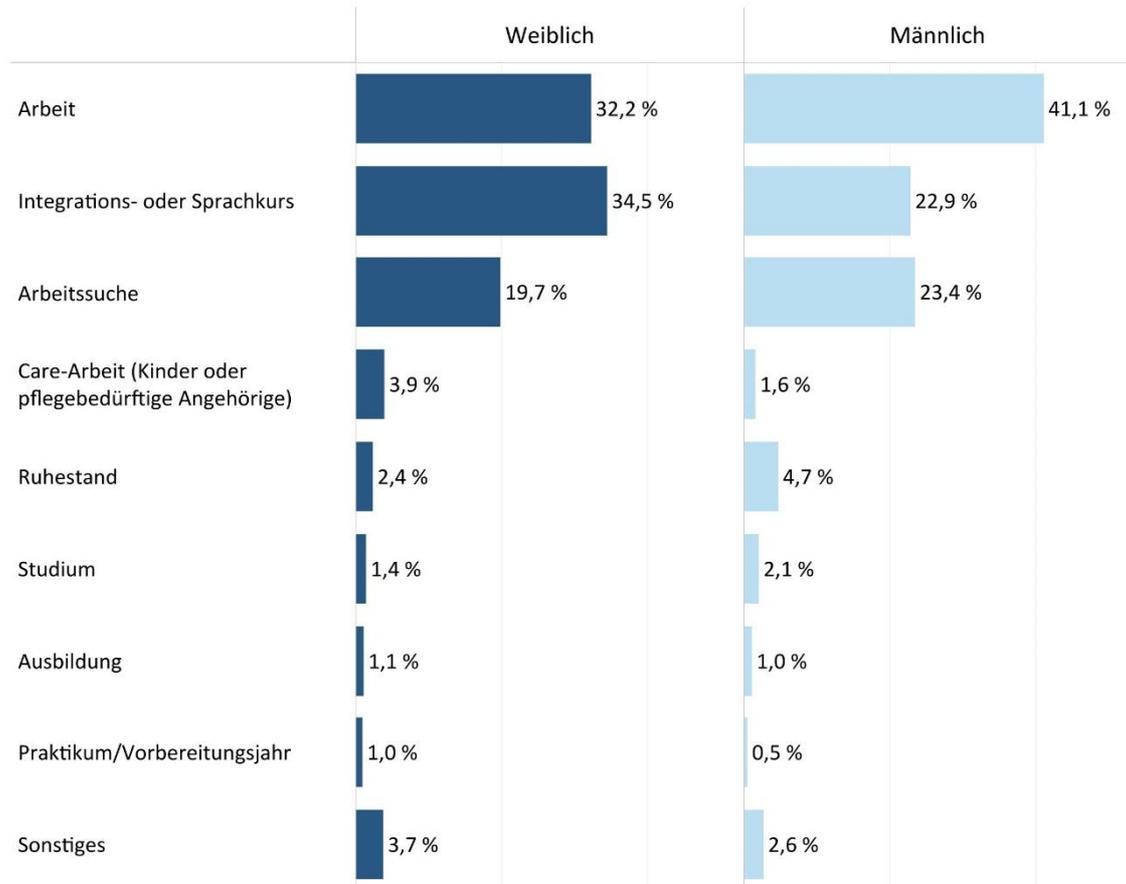


Abbildung 10: Hauptbeschäftigung der Befragten nach Geschlecht.
n = 699/192 © Minor

Form der Beschäftigung – Gender-Hours-Gap

Der größte Teil der Befragten arbeitet in Vollzeit (65,2 % der Befragten). Hierbei sind auch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen: Frauen sind wesentlich häufiger in Teilzeitbeschäftigungen oder Mini-/Midijobs tätig als Männer (Abbildung 11). Die Ergebnisse sind konsistent mit den offiziellen Statistiken der Agentur für Arbeit, nach denen ukrainische Frauen öfter in Teilzeit arbeiten als ukrainische Männer (siehe Kapitel 2.3).

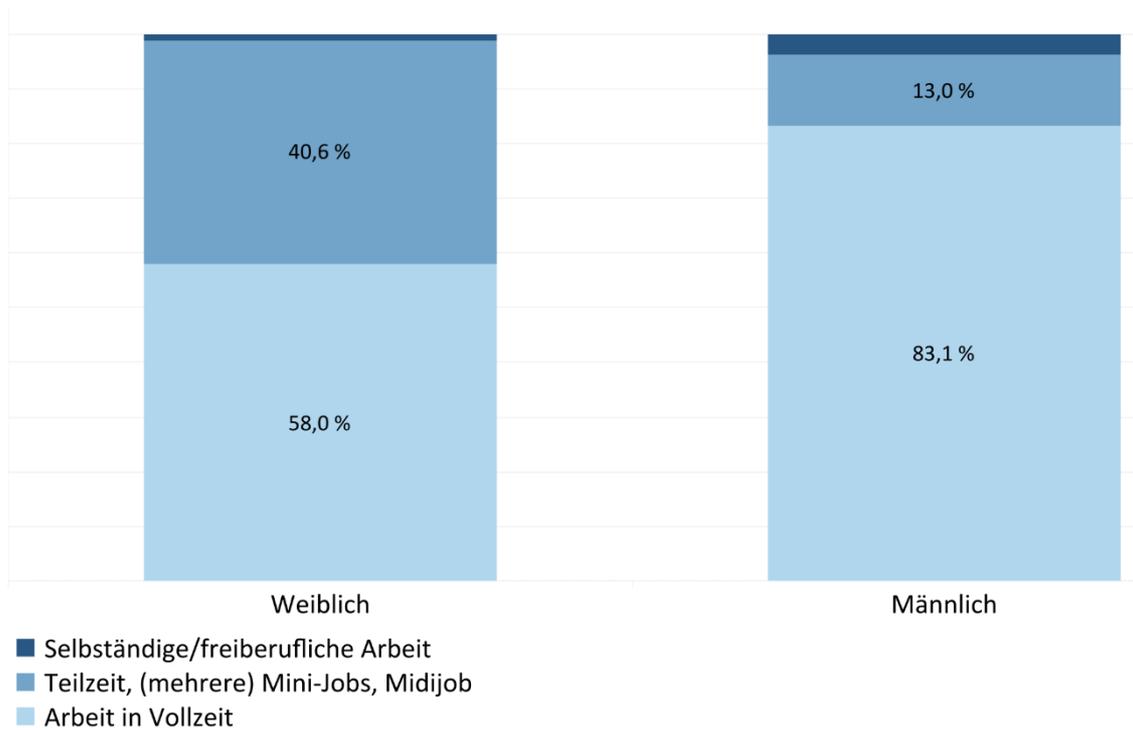


Abbildung 11: Beschäftigungsform der Befragten nach Geschlecht.

n = 219/78 © Minor

Überwiegend nicht qualifikationsadäquate Beschäftigung

Wie bereits im Kapitel 2 angenommen, arbeiten viele Geflüchtete unter ihrem Qualifikationsniveau. Jede zweite befragte Person gibt an, dass sie für ihre aktuelle Arbeit überqualifiziert ist. Weitere 44,3 % geben an, dass ihre Qualifikationen mit ihrer aktuellen Arbeit übereinstimmen, während 5,7 % über ihrem Qualifikationsniveau arbeiten. Dabei zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Wege in der Jobsuche

Ein bemerkenswerter Anteil der Geflüchteten, mehr als ein Drittel, fand ihre Arbeitsstelle durch persönliche Empfehlungen von Bekannten oder Verwandten. Ebenfalls über ein Drittel gelang es, ihre Stelle durch eigene Recherchen auf Online-Jobbörsen wie LinkedIn zu finden. Ein weiteres Zehntel der Befragten hatte Erfolg bei der Jobsuche über soziale Medien wie Facebook oder Telegram. Lediglich 2,7 % der Befragten fanden ihre Stelle über Arbeitsagenturen oder Jobcenter. Unter die Kategorie "Sonstiges" fallen viele unterschiedliche Angaben wie Jobmessen in Berlin, Werbemaßnahmen der Senatsverwaltung (ohne nähere Angaben darüber, um welche Senatsverwaltung es sich handelt) oder Unternehmen, bei denen sie bereits in der Ukraine gearbeitet haben (Abbildung 12).

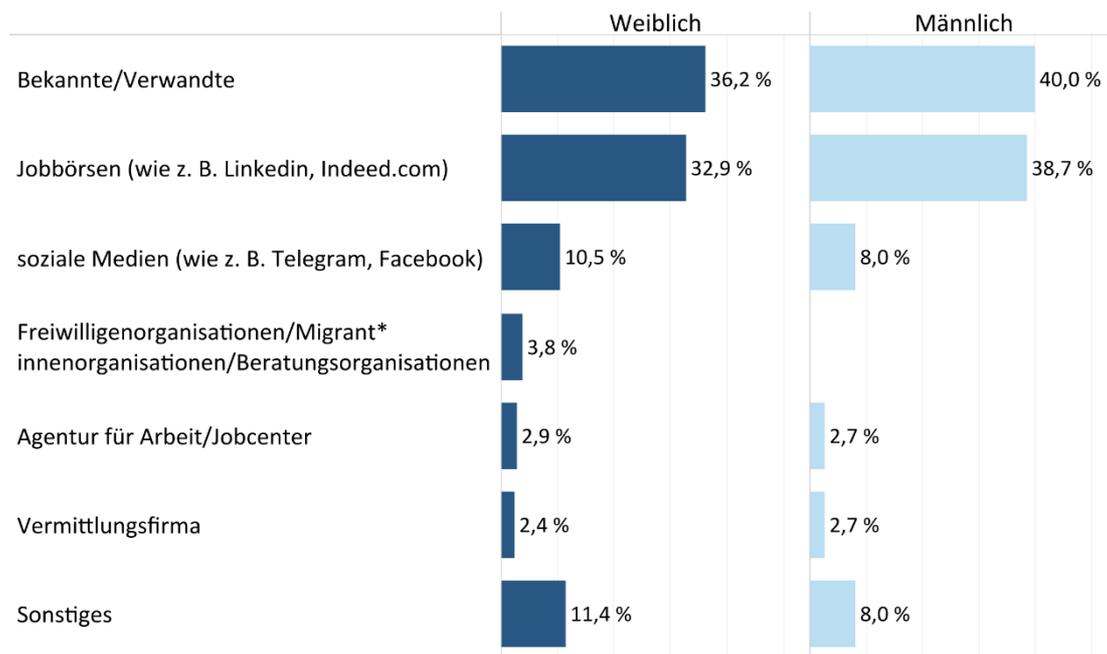


Abbildung 12: Wege, durch die die Befragten ihre Arbeit gefunden haben.
n = 210/75 © Minor

3.6. Schnell integriert, aber prekär beschäftigt?

Im Gegensatz zu vielen anderen Drittstaatsangehörigen benötigen Geflüchtete aus der Ukraine keine zusätzliche Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit, um eine Beschäftigung aufzunehmen. Dies erleichtert einerseits den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt, birgt aber andererseits auch Risiken in Bezug auf Arbeitsausbeutung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Wie bereits in Kapitel 2 detailliert erläutert, arbeitet ein bedeutender Teil der Ukrainer*innen in niedrigqualifizierten Tätigkeiten oder weist ein geringes Einkommensniveau auf.

Im quantitativen Teil der Befragung geht es um die Analyse von möglichen ausbeuterischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hierbei sollen die Befragten angeben, ob sie bereits einen Arbeitsvertrag für ihre Tätigkeit besitzen, ob ihre Entlohnung über dem Mindestlohn liegt oder ob die tatsächlich ausgeführten Tätigkeiten und Arbeitsstunden mit den Vereinbarungen im Vertrag übereinstimmen.

Von den 298 beschäftigten Befragten geben 7 an, dass sie keinen Arbeitsvertrag für ihre Beschäftigung haben. Als Gründe dafür berichten einige der Befragten von Verzögerungen oder Verweigerungen seitens der Arbeitgeber*in bei der Vertragserstellung sowie von mangelnden Sprachkenntnissen als Hindernis.

Von den 282 Befragten geben 12 an, dass ihre Entlohnung nicht den Vertragsbedingungen entspricht oder geringer ist als vereinbart. Zusätzlich geben 13 Befragte an, dass ihre beruflichen Tätigkeiten nicht oder nur unzureichend mit ihren Verträgen übereinstimmen.

Des Weiteren berichten 31 Befragte, dass sie mehr Stunden arbeiten als in ihren Verträgen festgelegt ist. 15 davon geben an, dass sie für diese Überstunden weder finanzielle Vergütung noch

Freizeitausgleich erhalten. Weitere 13 Befragten berichten, dass ihre Entlohnung unter dem Mindestlohn liegt.

Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass zwar die überwiegende Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse nicht als prekär oder ausbeuterisch eingestuft werden kann, dass aber dennoch einige Befragte Erfahrungen mit solchen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Die einzelnen offenen Antworten der Befragten unterstreichen, dass Fälle von Arbeitsausbeutung vorgekommen sind:

„Ich habe in einem Restaurant gearbeitet, sie haben 500 Stunden angesammelt und mir gesagt, ich solle umsonst arbeiten, ich habe einen Anwalt konsultiert, er sagte, ich solle kündigen, aber sie haben mir mein Gehalt für Januar und Februar nicht gezahlt... Ich bin verzweifelt und habe kein Geld.“ (Mann, 23 Jahre alt)

„Ich habe drei Monate lang in einem Minijob gearbeitet, aber nur einen Monat lang ein Gehalt erhalten.“ (Mann, 68 Jahre alt)

Wie bereits in den vorherigen Jahren bei anderen Gruppen von Geflüchteten beobachtet, landen geflüchtete Menschen oft in körperlich anspruchsvollen oder schlecht bezahlten Jobs. Die Gründe, warum Geflüchtete in ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind vielfältig. Dazu gehören u.a. fehlende Sprachkenntnisse, mangelndes Wissen über Arbeitsrechte, unsichere aufenthaltsrechtliche Situationen, fehlende Anerkennung ihrer Qualifikationen sowie finanzielle Notlagen. Eine befragte Person berichtet beispielsweise, dass sie aufgrund finanzieller Notlage gezwungen ist, illegale Arbeitsangebote anzunehmen:

„Es gibt Firmen, die Schwarzarbeit anbieten und dich auch hineinziehen. Ob du möchtest oder nicht – man will essen und macht, was gesagt wird.“ (Frau, 36 Jahre alt)

Dubiose Stellenangebote in sozialen Medien

Die Nutzung sozialer Medien zur Jobsuche bietet Geflüchteten Möglichkeiten bei der Arbeitssuche, birgt jedoch auch das Risiko, in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu geraten. Bereits zu Beginn des Krieges war ein deutlicher Anstieg von Stellenanzeigen für Ukrainer*innen z. B. im Bereich der häuslichen Pflege in ukrainischen Facebook-Gruppen zu beobachten (MB 4.0 2022). Diese Anzeigen boten oft Löhne weit unter dem Mindestlohn (zwischen 800 und 1.500 Euro) und enthielten keine Angaben zum Arbeitsaufwand (ebd.).

Das Projekt NexSM von Minor analysierte Lohnangaben in Stellenanzeigen in ukrainisch- und russischsprachigen Telegram-Gruppen vom 1. bis 8. Mai 2023 (Stapf et al. 2023). Von den 1.501 Stellenanzeigen mit Lohnangaben lagen die Hälfte unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde (ebd.). Auch in der vorliegenden Umfrage beschreibt eine der Befragten ihre Situation entsprechend:

„Ich habe ein Jobangebot auf Facebook gefunden, im Bereich, der mir gut gefällt, aber am Ende war es Schwarzarbeit. Ich habe entschieden, diesen Job zu verlassen, und nicht ohne Beschwerden, weil ich ein Teil meines Gehaltes nicht bekommen habe. Dann habe ich entschieden, abzuwarten, bis ich meine Joberlaubnis bekomme. Ich habe einen weniger attraktiven Job gefunden, aber er ist legal und ich bedauere nichts. Ich bekomme ungefähr 2000 Euro/mtl. netto, aber es ist sehr schwierig für mich, auch physisch, weil es körperlich schwere Arbeit ist. Zudem habe ich keine Sprachkenntnisse. Mein einziges Hilfsmittel ist die Übersetzungsapp auf meinem Handy.“ (Mann, 32 Jahre alt)

3.7. Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen

Auf die Frage, ob bereits ein Sprach- oder Integrationskurs besucht wurde, antworten Frauen und Männer unterschiedlich. So ist der Anteil der Frauen, die einen Sprachkurs besuchen oder erfolgreich abgeschlossen haben, deutlich höher als bei den Männern (71,3 % vs. 42,1 %). Dementsprechend ist der Anteil der Männer, die noch keinen Sprachkurs besucht haben, deutlich höher als bei den Frauen, denn genau die Hälfte der männlichen Befragten hat noch keinen Sprachkurs besucht. Ein geringerer Anteil der Befragten gibt an, den Sprachkurs abgebrochen zu haben, wobei hier keine bedeutsamen Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen sind (Abbildung 13).



Abbildung 13: Teilnahme der Befragten an Integrations- und Sprachkursen nach Geschlecht.
n = 718/202 © Minor

Gründe für Nichtteilnahme bzw. Abbruch von Sprachkursen

Die Gründe für die Nichtteilnahme an Integrations- oder Sprachkursen bzw. für deren Abbruch decken sich weitgehend. Teilnehmende, die angeben, keinen Kurs besucht oder einen Kurs abgebrochen zu haben, beschreiben in offenen Antworten vor allem die Schwierigkeit, Erwerbsarbeit (insbesondere in Vollzeit) mit dem Kursbesuch und ggf. weiteren privaten Verpflichtungen wie Kinderbetreuung zu vereinbaren. Die folgenden Zitate verdeutlichen dies:

„Denn ich arbeite offiziell acht Stunden am Tag in einer deutschen Firma, dann hole ich mein Kind vom Kindergarten ab und arbeite als Mutter. So habe ich einfach keine Zeit, den Integrationskurs zu besuchen, der vier Stunden pro Tag dauert. Leider gibt es keine andere Möglichkeit, einen Integrationskurs zu besuchen, obwohl ich das gerne tun würde (zwei Mal pro Woche).“ (Frau, 25 Jahre alt).

„Ich habe einen Job gefunden und musste den Kurs abbrechen, weil er zu weit weg war und ich ihn mit meinem Kind nicht besuchen konnte.“ (Frau, 37 Jahre alt)

Einige Befragte betonen zudem die psychische Belastung, die mit vielen Pflichten und den Erfahrungen des Krieges verbunden ist, was es schwierig macht, neben der Zeit auch zusätzliche Motivation und Kraft für den Sprachkursbesuch aufzubringen:

„In dieser Phase ist es stressig für mich, ich bin moralisch sehr müde, Kinder, Schule, Aktivitäten für die Kinder nach der Schule, tote Nachbarn im Krieg, psychologisch ist alles nicht einfach, ich hoffe, dass ich zurückkehren kann.“ (Mann, 53 Jahre alt)

Auch finanzielle Aspekte sowie Unkenntnis über zusätzliche Fördermöglichkeiten für Beschäftigte (z. B. finanzielle Zuschüsse durch das BAMF) erschweren ebenfalls den Spracherwerb durch Sprachkurse:

„Weil ich keine Unterstützung vom Jobcenter bekomme und mir die Kurse nicht leisten kann.“ (Frau, 36 Jahre alt)

„Leider sind die Sprachkurse nur für Arbeitslose kostenlos. Ich bin im März 2022 angekommen und bis April habe ich Dokumente ausgefüllt und Arbeit gesucht und ab 1. Mai habe ich schon gearbeitet, also habe ich die Sprache zuerst mit einem Lehrer gelernt und jetzt auf eigene Faust. Ich nehme jeden Tag an „Integrationskursen“ teil, weil ich mit Deutschen zusammenarbeite.“ (Frau, 50 Jahre alt)

Einige Befragte bevorzugen zudem private bzw. Online-Sprachkurse aufgrund ihrer höheren Flexibilität. Unter denjenigen, die den Sprachkurs abgebrochen haben, wird ihre persönlich niedrige Einschätzung der Qualität der staatlich angebotenen Kurse erkennbar. Diese liegt laut der Befragten zum einen daran, dass der Unterricht unverständlich ist, zum anderen am inadäquaten Verhalten der Lehrer*innen bzw. nicht passendem Inhalt. Im folgenden Zitat wird die Schwierigkeit, dem Unterricht auf Deutsch zu folgen, sowie die Verbindung mit den zuvor beschriebenen häufig genannten Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Spracherwerb deutlich:

„Die Methode, die deutsche Grammatik auf Deutsch zu erklären, ist ineffektiv. Es ist schwierig, am Unterricht teilzunehmen, wenn man nicht versteht, was dort passiert. Ich denke, es

wäre effektiv, wenn in den Integrationskursen Mittel eingesetzt würden, die die Grammatik in einer Sprache erklären, die die Teilnehmer verstehen. Ich denke auch, dass es effektiv wäre, Sprachkurse mit der Arbeit zu verbinden. Eine Person bekommt einen Job und lernt zu Beginn des Arbeitstages eine Stunde lang online Deutsch und spricht dann bei der Arbeit Deutsch. Ich kenne keine deutschen Muttersprachler, und ich habe wenig Gelegenheit, die Sprache zu üben. Es ist ein Teufelskreis: Man braucht die Sprache, um einen Job zu bekommen, aber es gibt keine Möglichkeit, sie zu üben, außer in Kursen, in denen man wenig versteht.“ (Frau, 39 Jahre alt)

Einige Befragte weisen darauf hin, dass das tatsächliche Sprachniveau der Teilnehmenden an Sprachkursen absichtlich überschätzt werde, um sie schnell für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen. Wie schon in der vorhergehenden Äußerung wird auch in anderen die Frustration darüber deutlich, dass der vermeintlich schnelle Integrationserfolg über die eigenen Bedürfnisse und Möglichkeiten gestellt wird.

Berufssprachkurse (BSK)

Neben den Integrationskursen werden in Deutschland auch Berufssprachkurse angeboten. Sie richten sich sowohl an Arbeitssuchende als auch an Beschäftigte und sollen Geflüchtete und andere Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen. Sie umfassen allgemein berufsbezogene Sprachkurse auf unterschiedlichen Sprachniveaus sowie Spezialkurse für bestimmte Berufsgruppen oder Fachrichtungen (BAMF 2024b). Das Interesse an diesen Sprachkursen ist bei den Befragten beträchtlich, denn etwa ein Viertel der Befragten hat bereits an einem berufsbezogenen Sprachkurs teilgenommen oder befindet sich derzeit in einem solchen Kurs, während etwas mehr als ein Drittel angeben, es tun zu wollen. Einem weiteren Viertel der Befragten ist die Möglichkeit von berufsbezogenen Sprachkursen nicht bekannt und knapp 15 % der Befragten benötigen keinen berufsbezogenen Sprachkurs.

3.8. Probleme bei der Arbeitssuche: Die Bereitschaft zur Arbeit ist da, aber...

Antworten auf offene Fragen bieten im Kontext der Arbeitsplatzsuche ein tieferes Verständnis der Situation von arbeitssuchenden Geflüchteten aus der Ukraine. Viele Befragte berichten über die Vielschichtigkeit ihrer Herausforderungen bei der Arbeitsplatzsuche, einschließlich sprachlicher Barrieren, Schwierigkeiten beim Zugang zu qualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten und der bürokratischen Probleme, sowie der Anerkennung ihrer Abschlüsse.

Sprachliche Barrieren

Die Schwierigkeit, aufgrund sprachlicher Barrieren eine Arbeitsstelle zu finden, ist ein weithin bekanntes Problem, das sich oft in den offenen Antworten der Befragten widerspiegelt. Häufig wird auf Absagen seitens potenzieller Arbeitgeber verwiesen, die das Sprachniveau der Bewerber*innen als unzureichend einschätzen. Die folgenden Zitate veranschaulichen diese Problematik:

„Das größte Problem bei der Arbeitssuche ist für mich die deutsche Sprache. Ich war dreimal zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen und zweimal wurde mir wegen Sprachschwierigkeiten abgesagt.“ (Frau, 50 Jahre alt)

„Leider habe ich während meiner 1,5 Jahre in Deutschland keine Stelle gefunden, die mir gefiel und die meinen Fähigkeiten entsprach. Ich wurde wiederholt wegen unzureichender Sprachkenntnisse abgelehnt.“ (Frau, 50 Jahre alt)

„Ich habe mehr als 300 Bewerbungen abgeschickt, aber es scheint so zu sein, dass die Sprache das Hauptproblem ist.“ (Mann, 28 Jahre alt)

Die Befragten sehen sich auch mit unterschiedlichen Erwartungen seitens der Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter und potenzieller Arbeitgeber*innen konfrontiert, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„[...] Wenn ein Arbeitsamt sagt, dass A2 ausreicht, um eine Stelle zu bekommen, antwortet der Arbeitgeber: `Nein, Sie müssen ein B2+ und eine Weiterbildung in Ihrem Fachgebiet haben.“ (Frau, 41 Jahre alt)

Es ist anzunehmen, dass sich die Sprachlernprozesse durch die Ausübung einer Tätigkeit beschleunigen lassen, da die deutsche Sprache im Arbeitsalltag regelmäßig angewendet wird. In Berufsfeldern, in denen keine Kommunikationsmöglichkeiten in deutscher Sprache bestehen, gestalten sich die Sprachlernprozesse jedoch oft langwieriger. Nicht selten verbleiben selbst hochqualifizierte Personen in niedrigqualifizierten Sektoren, da ihnen die Sprache nicht zugänglich ist und sie nicht das erforderliche Sprachniveau erreichen, um ihren erlernten Beruf auszuüben. Der Ausstieg aus prekären bzw. niedrigqualifizierten Beschäftigungsverhältnissen gestaltet sich oft schwierig.

„Das Problem bei der Beschäftigung ist, dass die Ukrainer, während sie die Sprache lernen und versuchen, einen Job in ihrem Fachgebiet zu finden, keine Sprachpraxis haben. Es wäre gut, wenn die erste Sprachpraxis mit dem Beruf verbunden wäre. Derzeit muss man als Lehrer, Ingenieur oder in einem anderen Beruf ein B2-C1-Niveau erreichen, um eine Stelle zu bekommen. Und während dieser Zeit wird einem ein Minijob als Reinigungskraft oder als Mitarbeitende in einem Supermarkt angeboten. [...] Das Wischen mit einem Wischmopp oder das Einräumen von Joghurts in die Regale ist KEINE besonders gute Sprachpraxis.“ (Frau, 44 Jahre alt)

Nur einige der Befragten geben an, dass ihr Sprachmangel der Grund für ihre erfolglosen Bewerbungen ist. Jedoch äußert eine bedeutende Anzahl von ihnen eine starke Motivation, ihre Sprachkenntnisse weiter zu verbessern. Dies könnte durch praktische berufsbezogene Sprachförderaktivitäten gefördert werden, wie im folgenden Zitat beschrieben:

„Es sollten Praktika für Personen angeboten werden, die bereits die Sprache gelernt haben, damit sie die Sprache üben und erste Arbeitserfahrungen in Deutschland sammeln können. Es ist nicht einfach, nach einem Sprachkurs direkt einen Job zu finden, und solche Praktika könnten als Übergang dienen. Oder vielleicht ein Buddy-Sprachprogramm mit den Mitarbeiter*innen von Unternehmen.“ (Frau, 62 Jahre alt)

Schwieriger Zugang zur qualifizierten Beschäftigung

Fast ein Fünftel der befragten Personen geben an, auf Arbeitssuche zu sein. Auf die Frage nach der Bereitschaft, eine Tätigkeit anzunehmen, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entspricht, antworten 45,9 % bejahend, während 54,1 % angeben, dass sie nur dann arbeiten würden, wenn

die Stelle ihrem Qualifikationsniveau entspricht. Diese Ergebnisse betonen die Relevanz des Zugangs zu qualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Wichtigkeit der Anerkennung formaler Qualifikationen. Auch in den offenen Antworten äußern viele Befragte den starken Wunsch nach einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung. Gleichzeitig besteht Frustration darüber, wenn dies aus verschiedenen Gründen derzeit nicht möglich ist. Besonders herausfordernd gestaltet sich die Suche nach einer angemessenen Stelle im eigenen Fachgebiet, insbesondere für Fachkräfte. Die psychische Belastung der Befragten wird durch die Notwendigkeit, von Grund auf neu anzufangen, verstärkt:

„Es ist schwer, innerhalb eines Jahres die Sprache zu lernen, und ohne Sprache ist man auf dem untersten Niveau, wenn es um Arbeit und Bezahlung geht.“

Die Forderungen der Jobcenter nach Annahme von Tätigkeiten, die unter den Qualifikationen der Befragten liegen, verstärken die Frustration zusätzlich. Die bezeichnenden Zitate verdeutlichen die Problematik:

„Ich möchte meine negativen Erfahrungen mitteilen. Ich war die ganze Zeit beim JC, um mir erklären zu lassen, wo genau ich mich als Ökonomin bewerben kann. Aber ich habe keine Antwort bekommen, außer Putzfrau oder Arbeit im Supermarkt. Das ist das Maximum, was das JC den Ukrainern anbietet, egal welche Erfahrungen und beruflichen Fähigkeiten sie haben [...]. Das beeinflusst den emotionalen Zustand signifikant für diejenigen, die ein erfülltes Berufsleben hatten und hier keinen Erfolg haben können, ohne irgendwelche Antworten zu bekommen. Das ist keine effektive Nutzung der staatlichen Mittel, die für die Integration der Flüchtlinge bestimmt sind. Weil das Jobcenter mit einer solchen Einstellung und Auswahl von Stellenangeboten in uns einfach den Wunsch nach Integration tötet.“
(Frau, 38 Jahre alt)

„Es scheint, dass Deutschland nicht an hochqualifizierten Arbeitskräften interessiert ist und versucht, die Nische der gering qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitskräfte zu füllen, ohne auf Bildungsniveau und berufliche Qualifikationen Rücksicht zu nehmen. Dies ist einer der Faktoren für den latenten psychologischen Widerstand der Kunden der Arbeitsämter.“
(Frau, 34 Jahre alt)

Bürokratische Hürden, lange Prozesse

Viele Befragte beschreiben ihre Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche aufgrund zahlreicher bürokratischer Hürden, mit denen sie konfrontiert werden. Die berufliche Integration wird durch langwierige Warte- und Bearbeitungszeiten von Unterlagen erheblich verlangsamt. Ein Beispiel hierfür ist die große Bedeutung der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24, die Voraussetzung für den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sowie für die Arbeits- und Wohnungssuche ist:

„Das Problem des Wartens auf einen §24-Aufkleber in meinem Reisepass. Ich warte nun schon seit fünf Monaten. Ohne ihn kann ich keine Sprach- und Integrationskurse besuchen, keine Arbeit und keine Wohnung finden. Seit dem zweiten Monat meines Aufenthalts weigert sich das Sozialamt Reinickendorf, mir Versicherungen, Fahrkarten und Zahlungen zu geben. Seit vier Monaten lebe ich in Schulden, ohne Medikamente kaufen oder zum Arzt gehen zu können.“ (Frau, 49 Jahre alt)

Zahlreiche Befragte beklagen sich zudem über die ineffiziente Arbeitsweise der Behörden und die strengen bürokratischen Regeln, die den Zugang zu wichtigen Unterlagen und damit auch zu Arbeitsmöglichkeiten (insbesondere im gewünschten Bereich) erschweren, was durch diese ausgewählten Zitate verdeutlicht wird:

„Die Bearbeitung von Informationen dauert zu lange. [...] Die Arbeitsagentur schreibt, dass Sozialgeld für den notwendigen Bedarf gewährt wird und umfasst die Zahlung der Miete, damit man sich geschützt fühlt und sich auf das Studium und die Arbeitssuche konzentrieren kann. Ich habe noch nie Geld für die Miete erhalten. Im Gegenteil, ich habe überhaupt keine Hilfe erhalten. [...] Wie kann ich weiterlernen und arbeiten?“

„[...] Das größte Problem ist der Zeitverlust durch endloses Warten in jeder Phase der beruflichen Integration! [...]“ (Frau, 53 Jahre alt)

„Die Bürokratie und Unmöglichkeit, eine Wohnung in Berlin zu finden, erschweren die Beschäftigung signifikant.“ (Frau, 30 Jahre alt)

Im Kontext der Arbeitssuche und der damit verbundenen bürokratischen Hürden sowie des Zugangs zur qualifizierten Arbeit wird oft auf die Schwierigkeit hingewiesen, ausländische Abschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen. Im nächsten Unterkapitel wird dieser Aspekt näher erläutert (Kapitel 3.9.).

Im Vergleich zur Studie 2023 werden die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie bei der Wohnungssuche seltener genannt. Auch die wahrgenommenen Benachteiligungen von Erwerbstätigen gegenüber Arbeitslosen hinsichtlich des Anspruchs auf Sozialleistungen werden seltener thematisiert. Dennoch bleiben sie für einen Teil der befragten Geflüchteten aus der Ukraine wichtige Faktoren bei der Arbeitssuche.

3.9. Anerkennung von beruflichen Qualifikationen

Wie bereits in diesem Bericht und in anderen Studien über Geflüchtete aus der Ukraine festgestellt wurde, verfügen sie oft über ein hohes Bildungsniveau. Unter den Befragten dieser Studie besitzen mehr als zwei Drittel einen Hochschulabschluss. Somit ist für sie – und andere Zuwanderungsgruppen – die Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Deutschland entscheidend, um eine qualifikationsentsprechende Beschäftigung zu finden. Insbesondere betrifft dies diejenigen, die in reglementierten Berufen wie beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitsbereich tätig sind. Aktuelle Studien zu diesem Thema zeigen, dass die Anerkennung für Geflüchtete aus der Ukraine immer wichtiger wird und sich dies in einer steigenden Anzahl von Anträgen widerspiegelt (Bushanska et al. 2024: 19). Gleichzeitig ist das Verfahren zur Anerkennung in Deutschland zeitaufwendig und kostspielig. Von der Vorbereitung der Unterlagen bis zur Entscheidungsfindung können Monate bis Jahre vergehen. Im Falle einer teilweisen Anerkennung sind zusätzliche Anpassungsmaßnahmen erforderlich, was den Prozess weiter verlängern und verteuern kann. Wie im Vorjahr wurden die Befragten dieser Umfrage nach ihrem Anerkennungsprozess bzw. Interesse an der Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen befragt.

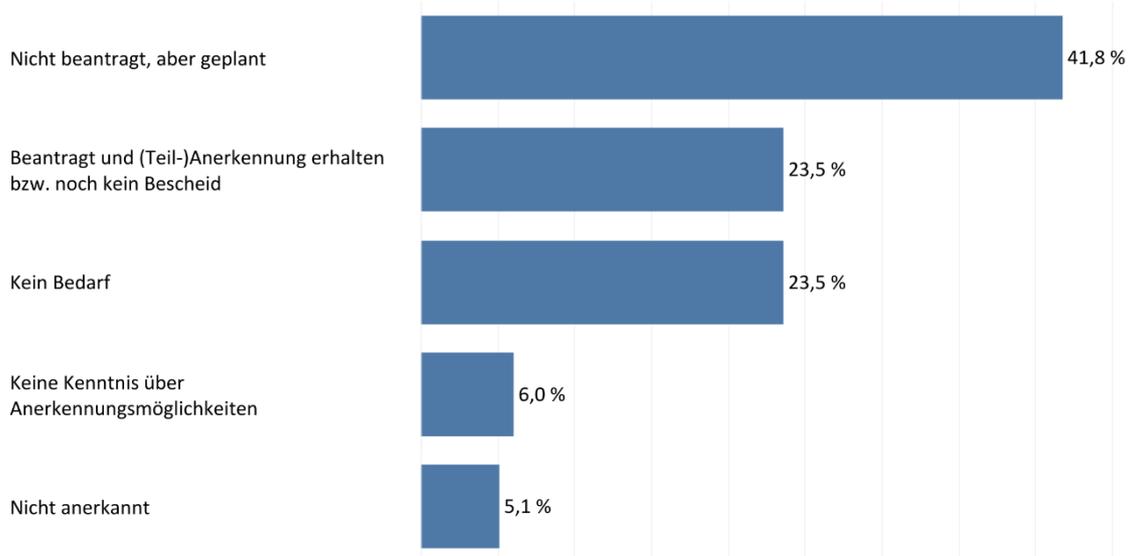


Abbildung 14: Anerkennung der beruflichen formalen Qualifikationen.

n = 862 © Minor

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen, dass die Anerkennung beruflicher Qualifikationen für die Befragten innerhalb eines Jahres ersichtlich an Bedeutung gewonnen hat. Während im Jahr 2023 nur 5,6 % der Befragten einen Antrag auf Anerkennung gestellt haben, ist es im Jahr 2024 mehr als jede vierte Person (28,6 %). Weitere knapp 42 % der Befragten haben dies noch nicht getan, planen es aber. Ein weiteres knappes Viertel der Befragten sieht keine Notwendigkeit, ihre Qualifikationen in Deutschland anerkennen zu lassen u.a., weil sie keinen Abschluss in reglementierten Berufen haben. Die Bleibeperspektive in Deutschland scheint einen Einfluss auf die Entscheidung zu haben, die beruflichen Qualifikationen anerkennen zu lassen. Geflüchtete, die eine langfristige Bleibeperspektive in Deutschland anstreben, haben deutlich häufiger einen Antrag auf Anerkennung gestellt als diejenigen, die nach Kriegsende in der Ukraine leben möchten (21,9 % vs. 4,2 %).

Auch in den offenen Antworten finden sich zahlreiche Kommentare, die sich auf den Anerkennungsprozess und seine Bedeutung für die Lebenssituation der Befragten beziehen. Die Befragten beschreiben eine Reihe von Herausforderungen, mit denen sie bei der Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen in Deutschland konfrontiert sind, und betonen deren negativen Einfluss auf ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Dazu gehört u.a. die Notwendigkeit, deutsche Anforderungen zu erfüllen, wie bspw. im Lehrerberuf die Voraussetzung, über eine pädagogische Zusatzausbildung als Lehrkraft zu verfügen. Auch die hohen sprachlichen Anforderungen in bestimmten reglementierten Berufen (z. B. C1- oder C2-Sprachniveau im Gesundheits-, Pflege- oder Erziehungsbereich) stellen für viele Befragte eine große Hürde dar, um in ihrem Beruf arbeiten zu können – und dies betrifft hauptsächlich Frauen, die einen Großteil der Geflüchteten aus der Ukraine ausmachen und häufig in sozialen Berufen tätig sind (Statista 2024).

Mehrere ukrainische Lehrerinnen berichten von ihren Schwierigkeiten beim Versuch, ihren in der Ukraine erlernten oder ausgeübten Beruf auch in Deutschland auszuüben:

„Ich bin Lehrerin, mein Diplom wurde nur bis 2025 anerkannt, und in dieser Zeit muss ich C1 bestehen. In der Regel wird sogar C2 verlangt. Man muss wirklich lange lernen, und als Englischlehrerin brauche ich kaum Deutsch auf C2-Niveau, um zu unterrichten. Aber es gibt überhaupt keine Ausnahmen. Ich wollte auch mein Diplom als Erzieherin anerkennen lassen, um mich als Quereinsteigerin weiterzubilden, aber ich habe eine offizielle Absage bekommen. Es ist sehr schwierig, ein Diplom anerkennen zu lassen.“ (Frau, 42 Jahre alt)

„Das Problem ist, dass ich eine ausgebildete Historikerin bin (aber wir hatten Pädagogik und Methodik des Lehrens in der Schule), in der Ukraine habe ich als Lehrerin gearbeitet und es hat mir gefallen. Die ukrainische Gesetzgebung erlaubt das. Aber hier muss man, um an einer staatlichen Schule arbeiten zu können, eine separate Lehrerausbildung absolvieren (normalerweise einen Bachelor-Abschluss), was die Anerkennung der Qualifikationen sehr schwierig macht. Ich habe sechs Jahre Erfahrung an einer Schule in der Ukraine, aber das ist ohne Zertifikat wertlos [...] Das heißt, meine sechs Jahre Erfahrung, meine Zertifikate über Zusatzqualifikationen, das Gutachten des Direktors der Schule, an der ich gearbeitet habe - all das ist wertlos. Ein Diplom von irgendeiner mittleren Universität hier hätte mehr Wert.“ (Frau, 29 Jahre alt)

Gleichzeitig wird seit längerem über den erheblichen Fachkräftemangel u.a. an Schulen diskutiert. Expert*innen betonen, dass die Einstellung von zugewanderten Lehrkräften nicht nur für die Behebung des Lehrkräftemangels wichtig ist, sondern auch für die interkulturelle Öffnung der Schule und die Schaffung adäquater Beschäftigungsmöglichkeiten für Zugewanderte (GEW 2021).

Auch Vertreter*innen anderer reglementierter Berufe, wie Ärztinnen/Ärzte und anderes medizinisches Fachpersonal, weisen auf Herausforderungen hin, insbesondere auf langwierige Verfahren und mangelnde Unterstützung seitens der Behörden. An dieser Stelle ist es jedoch wichtig noch mal zu betonen, dass folgende Aussagen – wie alle anderen Zitate im Working Paper – subjektive Eindrücke von Befragten repräsentieren. Es besteht auch die Möglichkeit, dass es sich lediglich um den regulären Anerkennungsverfahrensverlauf bei den Behörden handelt, der bei Antragstellenden den Eindruck erweckt, dass die Behörden das Verfahren absichtlich verlangsamen:

„Ja, die Situation mit der Anerkennung von Qualifikationen im medizinischen Bereich ist schwierig. Das LaGeSo und die Ärztekammer Berlin ziehen das Verfahren in die Länge, die Ärzte können nicht arbeiten. Die Arbeitsagentur versucht, die Ärzte als gering qualifiziertes medizinisches Personal (Pflege) zu vermitteln. Das ist schade.“ (Frau, 43 Jahre alt)

„Es ist unglaublich schwer, eine Anerkennung von Qualifikationen und Arbeitserfahrung als Ärztin in Brandenburg zu bekommen. Das kann der Hauptgrund für meine Rückkehr in die Ukraine sein. Meine Kinder werden in diesem Fall aber hier, in Sicherheit, bleiben.“ (Frau, 42 Jahre alt)

„Die Anerkennung eines Apothekerdiploms dauert Jahre!“ (Frau, 25 Jahre alt)

Die lange Dauer des Anerkennungsverfahrens ist für viele Befragte mit finanziellen Belastungen und psychischem Stress verbunden, da sie in der Zwischenzeit häufig in einem anderen, meist unter ihrer Qualifikation liegenden Beruf arbeiten und/oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, bis das Verfahren erfolgreich abgeschlossen ist.

„Die Anerkennung meines Diploms läuft so langsam, und jetzt bekomme ich den Mindestlohn und muss vom Jobcenter abhängig bleiben (übernimmt die Kaltmiete für die Wohnung). Ich denke, dass ich in den ersten Wochen meiner Ankunft genug verdienen könnte (z. B. könnte ich als Masseurin mit gesunden Menschen arbeiten; ich bin Physiotherapeutin von Beruf).“ (Frau, 44 Jahre alt)

„Für hochqualifizierte Arbeitskräfte nimmt die Anerkennung sehr viel Zeit. Deutschland verliert so potenzielle Arbeitskräfte, da man die Hoffnung schon aufgibt.“ (Frau, 29 Jahre alt)

3.10. Erfahrungen mit den Jobcentern und Arbeitsagenturen

Staatliche Behörden wie die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit spielen eine zentrale Rolle in den Ankommens- und Integrationsprozessen der ukrainischen Geflüchteten. Vor diesem Hintergrund wurde, wie in der Umfrage von 2023, eine offene Frage zu den Erfahrungen der Befragten mit den Arbeitsagenturen und Jobcentern in Berlin und Brandenburg in diese Umfrage aufgenommen. Obwohl aufgrund der offenen Form der Frage zu erwarten war, dass eher die Befragten mit negativen Erfahrungen ihre Ansichten zum Thema äußern würden, nutzte ein Viertel der Umfrageteilnehmenden das Eingabefeld unter anderem, um Dankbarkeit auszudrücken oder positive Erfahrungen mit den Arbeitsagenturen und Jobcentern zu beschreiben (69 von 264 Personen).

Dennoch bleiben die Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden für viele ukrainische Geflüchtete deutlich spürbar. Abbildung 15 bietet einen Überblick über die Herausforderungen, denen die Befragten bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern begegnet sind. Es ist wichtig anzumerken, dass trotz der expliziten Fragestellung¹⁰, nicht immer deutlich ist, ob es sich bei den Angaben der Befragten um das Jobcenter oder die Agentur für Arbeit handelt. Aus diesem Grund sind die Antworten auf diese offene Frage in der Abbildung und im Text nicht differenziert dargestellt.

¹⁰ Die Frage lautet: „Haben Sie Anmerkungen zu Ihren Erfahrungen mit dem Jobcenter und/oder Arbeitsagenturen? Wenn ja, beschreiben Sie diese bitte hier. Bitte unterscheiden Sie klar, ob es um Jobcenter oder Arbeitsagenturen geht.“

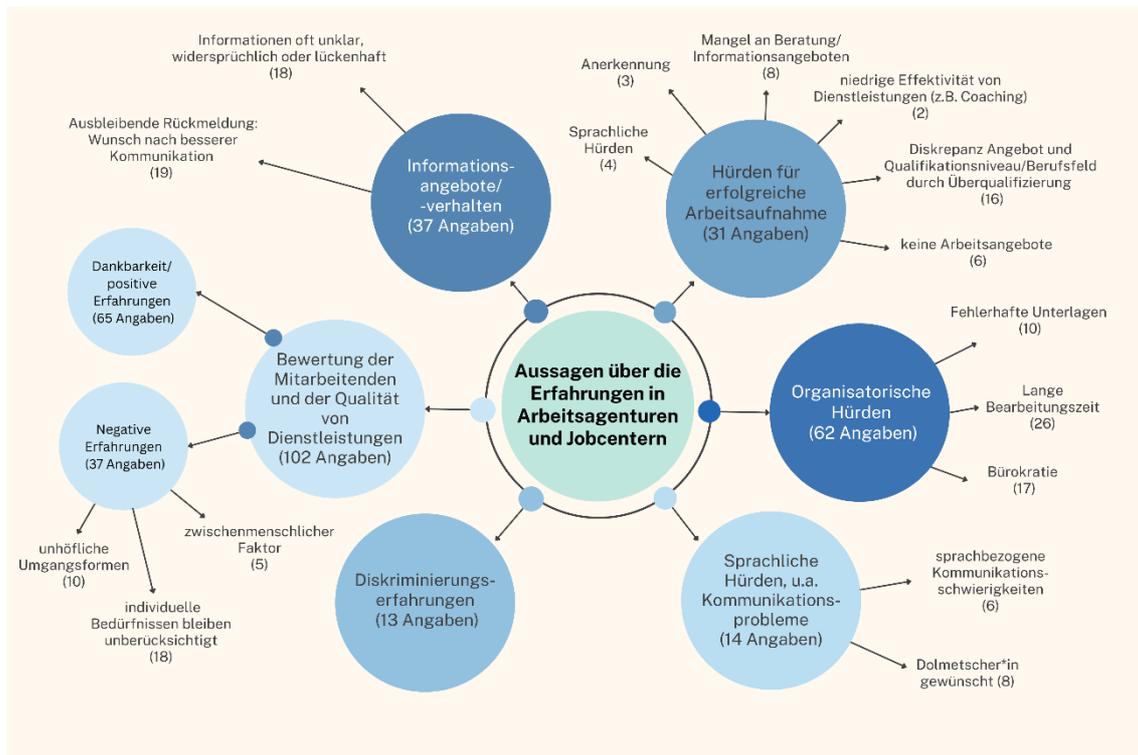


Abbildung 15: Aussagen über die Erfahrungen der Befragten bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern.

Häufigkeit (in Klammern) der Nennungen der Themenbereiche in den offenen Antworten auf die Frage „Haben Sie Anmerkungen zu Ihren Erfahrungen mit dem Jobcenter und/oder Arbeitsagenturen?“ © Minor¹¹

Organisatorische Hürden – weiterhin ein herausragendes Problem

Wie im Jahr 2023 machen die organisatorischen Hürden das größte Problemcluster mit 62 Ausprägungen in den offenen Antworten aus. Insbesondere wurden lange Bearbeitungszeiten sowie allgemeine Schwierigkeiten im Umgang mit der Bürokratie bei den Behörden von Berlin und Brandenburg erwähnt. Einige Befragte bringen sogar den strukturellen Aufbau deutscher Institutionen stark mit Problemen beim Arbeitsmarktzugang in Verbindung.

„Die Bürokratie und die Unfähigkeit [seitens der Mitarbeitenden], schnelle und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.“ (Mann, 50 Jahre alt)

„Was die Hindernisse auf dem Weg zur Beschäftigung betrifft, so ist das größte Problem das langsame bürokratische System. Die meiste Zeit verbringt man damit, auf offizielle Antworten zu warten. Um mein Diplom anerkennen zu lassen, wartete ich sechs Monate auf die Bestätigung des Arbeitsamtes, dass ich für das Anerkennungsverfahren bezahlt hatte. Seit ich die Unterlagen an die ZAB [Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen] geschickt

¹¹ Aus Darstellungsgründen wurde die Unterkategorie „Organisatorische Hürden: Sonstiges“ unterlassen, wodurch der Anzahl der Ausprägungen in diesem Themencluster nicht zu 62 summiert werden kann. Sie umfasst die Themen „fehlende Digitalisierung“, „verspätete Leistungen“ und „häufige Wechsel von Berater*innen“. Das gleiche gilt für „Negative Erfahrungen: Sonstiges“.

habe, warte ich immer noch auf eine Antwort [...] Das größte Problem ist der Zeitverlust durch endloses Warten in jeder Phase der beruflichen Integration! [...]“ (Frau, 53 Jahre alt)

Darüber hinaus sprechen einzelne Umfrageteilnehmende ein weiteres strukturelles Merkmal von deutschen Behörden an, das möglicherweise die Arbeitsaufnahme verlangsamt: Die wiederholten Wechsel von Berater*innen. Die Notwendigkeit, die eigenen Lebensumstände immer wieder neu detailliert zu erklären, führt laut den Erfahrungen der Befragten zu Frustration und Verdrossenheit:

„Meinen Berater habe ich nur einmal gesehen. Jedes Mal kommt eine neue Person zum Termin, die meine Situation nicht kennt.“ (Frau, 53 Jahre alt)

„[...] bei Jobcenter Digital wird man, nachdem man um einen Anruf gebeten hat, von Leuten kontaktiert, die nichts über dich wissen.“ (Mann, 19 Jahre alt)

Mangel an Information oder an Kommunikation

Die Befragten äußern gleichermaßen Kritik über den Mangel an Kommunikation und das unklare Informationsverhalten. So äußern viele Befragte einen Wunsch nach stabilerem Kommunikationsverhalten seitens der Mitarbeitenden der Jobcentern:

„Das größte Problem mit dem Jobcenter ist der absolute Mangel an Kommunikation mit ihnen. Es ist unmöglich, telefonisch durchzukommen, selbst bei dem Berater, auf E-Mails wird nicht geantwortet [...]“ (Mann, 19 Jahre alt)

„Ich bin bei dem Jobcenter. Bisher wurden alle meine Anträge auf Anerkennung meiner Abschlüsse ignoriert, ich wurde mündlich abgewiesen und ich habe keine schriftliche Antwort erhalten [...]“ (Frau, 37 Jahre alt)

„[...] Bei dem Jobcenter war ein Team von Mitarbeitern für uns zuständig, aber es war unmöglich, jemanden zu erreichen. Meine E-Mails wurden nicht sachbezogen oder gar nicht beantwortet.“ (Frau, 34 Jahre alt)

Gleichzeitig berichten viele Befragte über einen allgemeinen Mangel an Informationen und die Schwierigkeit, auch bei Nachfragen klare Antworten zu erhalten. Zudem wurden Unklarheiten hinsichtlich des Zugangs zu Informationen erwähnt.

„Allererstens fehlt es an Informationen über Weiterbildungs- oder Umschulungsmöglichkeiten. Auf Nachfrage sagen die Mitarbeiter der Jobcenter, dass alle weiteren Informationen nach dem Sprachkurs erteilt werden, aber angesichts des zeitaufwändigen Prozesses wäre es sinnvoller, einige Maßnahmen (wie die Bestätigung eines Diploms) während des Sprachkurses zu ergreifen. Ebenso gibt es keine Informationen über Ausbildung oder Studium, die vielen Menschen helfen würden, einen Beruf "für sich selbst" zu finden.“ (Frau, 34 Jahre alt)

„Agentur für Arbeit: Es gab kaum praktische Ratschläge für die Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Beschäftigung in Deutschland.“ (Frau, 27 Jahre alt)

„[...] Auf meine Fragen antworten sie nicht, oder wissen nicht, wie man antworten soll. Es wird gar nicht bei der Arbeits- oder Kurssuche geholfen, niemand erzählt mir über meine Rechte, es geht nur um Verpflichtungen [...]“ (Frau, 52 Jahre alt)

Schließlich berichten einige Befragte in diesem Themencluster von widersprüchlichen Informationen, die sie von den Arbeitsagenturen und/oder Jobcentern erhalten haben. Solche Fälle hängen laut der Angaben oft mit deutlichen Verzögerungen in der Beschäftigungsaufnahme zusammen.

„Ursprünglich wurde mir gesagt, dass ich die Möglichkeit hätte, Deutsch bis zum Niveau C1 zu lernen, aber jetzt habe ich diese Möglichkeit nicht mehr, obwohl mein Beruf C1-Niveau erfordert. In diesem Monat wurde mir gesagt, dass mein Englisch ausreicht und dass in der IT-Branche kein dringender Bedarf an Deutsch besteht. Das ist enttäuschend, denn theoretisch hätte ich mich von Anfang an nur mit Englisch um einen Job bemühen können und nicht meine Zeit und das Geld des Staates mit dem Erlernen der deutschen Sprache vergeuden müssen.“ (Frau, 38 Jahre alt)

Gefühl der Gleichgültigkeit

„Ich habe einen Eindruck bekommen, dass es ihnen egal ist, welche Probleme wir haben.“ (Frau, 37 Jahre alt)

Ungefähr die Hälfte der Befragten, die in ihren Antworten explizit über ihre negative Erfahrung mit den Mitarbeitenden von Arbeitsagenturen und Jobcentern gesprochen haben, teilen dieses Gefühl (18 von 37 Angaben). Der Eindruck, dass die individuellen Bedürfnisse und Lebensumstände bei der Bearbeitung von einzelnen Fällen nicht berücksichtigt werden, geht in den Aussagen der Befragten Hand in Hand mit den Sorgen um eine scheiternde Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

„Als ich nach Brandenburg umgezogen bin, hatte ich einen Termin beim Jobcenter, und die Frau, die mit mir das Gespräch geführt hat, hat mir nicht gut gefallen. [...]es ist ihr egal, was mit mir passiert... ich würde gerne eine*n andere*n Berater*in haben.“ (Frau, 41 Jahre alt)

„Bildung und Arbeitserfahrung werden nicht berücksichtigt. Während der Termine werden genau dieselben Ressourcen für die Arbeitssuche genutzt, die ich selbst nutze (also für mich ist das keine Hilfe). Meine Anfrage für einen C1-Kurs wurde abgelehnt, weil ich erst eine Arbeit finden muss (die mir keine Möglichkeit geben wird, einen Kurs zu besuchen und, wie mein Berater gesagt hat, es kann sein, dass ich dadurch sogar entlassen werde). Studium und Berufserfahrung sind unwichtig, da man auch in einer Mensa arbeiten kann.“ (Frau, 40 Jahre alt)

Wo die Arbeitsvermittlung scheitert

Wie bereits im Kapitel 3.5 erwähnt, haben nur sehr wenige Befragte ihre Arbeit durch die Angebote von Jobcentern oder Arbeitsagenturen gefunden. Auch an dieser Stelle bestätigen die offenen Antworten diese problematische Situation und betonen die Erfahrung von unpassenden Angeboten durch die Jobcenter. Viele Befragten geben an, dass sie sich in dieser Situation gezwungen fühlen, selbstständig nach Arbeit zu suchen.

„Das Jobcenter schickt mir Stellenangebote für eine Reinigungskraft, obwohl ich eine höhere Ausbildung und einige Erfahrung habe, und ich bin mit der Anerkennung meines Diploms beschäftigt und beabsichtige, nur in meinem Fachgebiet zu arbeiten. Ich suche auf

eigene Faust nach einem Job, natürlich ist das schwierig, aber ich sehe keinen anderen Ausweg.“ (Frau, 43 Jahre alt)

„Mein JC-Berater schlägt mir vor, einen Job in einem Bereich zu suchen, der mit meinem Fachgebiet zusammenhängt, z. B. im Vertrieb. Er empfiehlt mir auch, mich in der Pflege zu bewerben, obwohl dies keineswegs ein Bereich ist, der mit meinem Fachgebiet Marketing zusammenhängt.“ (Frau, 38 Jahre alt)

„Ich habe mit einer Mitarbeiterin im Jobcenter gesprochen. Die Frau hat mir direkt gesagt, dass ich mich auf die Suche von gering qualifizierter Arbeit fokussieren soll [...]“ (Frau, 37 Jahre alt)

Außerdem wurde von einigen Umfrageteilnehmenden erwähnt, dass ihnen bei der Arbeitssuche keine Unterstützung angeboten wurde. Nach ihren Erfahrungen fehlt es bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern vor allem an Jobvermittlung, Beratung und weiteren Informationsangeboten zur Jobsuche. Des Weiteren werden sprachliche Hürden, Probleme mit der Anerkennung oder fehlende Dienstleistungen wie Coaching genannt.

Diskriminierungserfahrungen

Obwohl ein bemerkenswerter Teil der Befragten keine Anmerkungen oder nur positive Erfahrungen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern in Berlin und Brandenburg hatten, wurden einige Fälle von sowohl verborgener als auch offener Diskriminierung seitens der Mitarbeitenden erwähnt. Die Angaben über Diskriminierung rangieren damit von allgemeinen Aussagen, wie z. B.:

„In einigen JCs existiert eine gewisse Verachtung gegenüber den Ukrainern seitens einiger Mitarbeitenden.“ (Frau, 45 Jahre alt)

bis zur verbalen Einschüchterung seitens der Mitarbeitenden:

„Ich wurde während des Termins diskriminiert, wenn der Mitarbeiter mich gefragt hat: „Warum kehren Sie nicht zurück nach Hause? Wann kehren Sie zurück? Sind Sie verheiratet?“ Ich habe mich darüber beschwert.“ (Frau, 53 Jahre alt)

„Der Mitarbeiter beim Scannen war sehr unhöflich, und als er verstanden hat, dass ich kein Deutsch sprechen kann, hat er mich angeschrien, ohne einen Grund dafür.“ (Frau, 42 Jahre alt)

3.11. Bleibeabsichten und -perspektiven in Deutschland

Bleibeabsichten sind von entscheidender Bedeutung für die individuelle Motivation zur Integration sowie für den Erfolg der Integration von Zugewanderten bzw. Geflüchteten (Diehl & Preisendörfer 2007).

Die unten dargestellten Ergebnisse geben einen Überblick über den Stand der beabsichtigten Rückkehr bzw. Bleibeabsichten von Geflüchteten aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg.

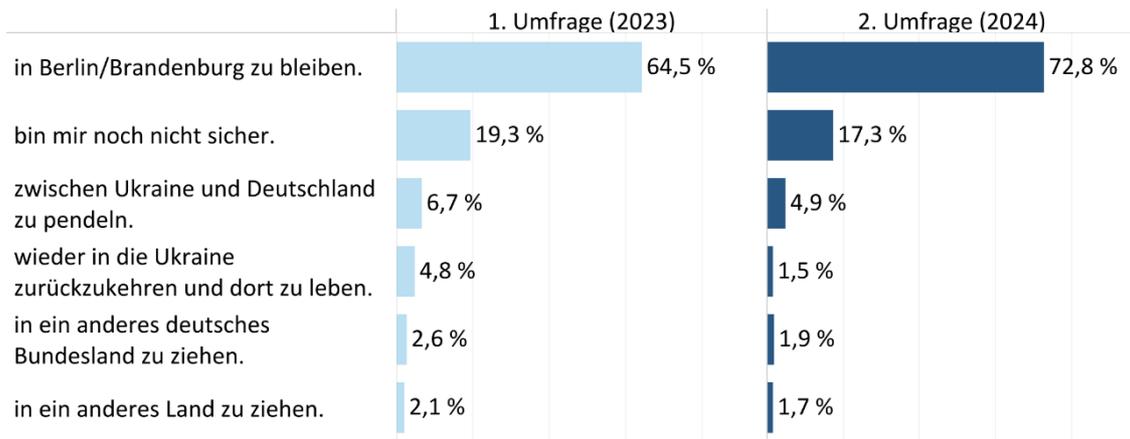


Abbildung 16: Verbleibeabsichten innerhalb der nächsten 6 Monate (1. Umfrage) /12 Monate (2. Umfrage)¹² in Berlin/Brandenburg.

Ergebnisse der Umfragen aus den Jahren 2023 und 2024. n = 1.024/782 © Minor

So plant nach den Umfrageergebnissen die Mehrheit der Befragten, im nächsten Jahr in Berlin/Brandenburg zu bleiben. Ein Vergleich dieser Antworten mit den ersten Befragungsergebnissen aus dem Jahr 2023 zeigt, dass die Tendenz, in Deutschland zu bleiben, zugenommen hat. Allerdings muss diese Aussage aufgrund der unterschiedlichen Stichproben mit Vorsicht interpretiert werden.

In der aktuellen Umfrage stellen die Befragten, die in der Metropolregion bleiben möchten, mit Abstand den größten Anteil dar. Danach folgen diejenigen, die sich noch unsicher sind, nämlich knapp jede fünfte befragte Person. Diejenigen, die zwischen der Ukraine und Deutschland pendeln möchten, machen nur einen kleinen Teil der Befragten aus. Nur sehr wenige Befragte erwägen, in ein anderes Land oder Bundesland zu ziehen.

Eine deskriptive Auswertung der beiden Umfragen zeigt, dass sich die Wegzugsüberlegungen unter den Geflüchteten aus der Ukraine im Zeitverlauf deutlich verändert haben: 16,1 % der Befragten geben an, nach dem Ende des Krieges in die Ukraine zurückkehren zu wollen, während 38,4 % dies nicht planen. Im Vergleich mit der ersten Umfrage – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Stichproben – zeigt sich, dass die Bereitschaft, in Deutschland zu bleiben, zugenommen hat. Auch die Unsicherheit scheint abgenommen zu haben.

¹² In der ersten Umfrage handelte es sich um die Pläne innerhalb der nächsten 6 Monate, während es sich bei der zweiten Umfrage um Pläne innerhalb der nächsten 12 Monate handelte.

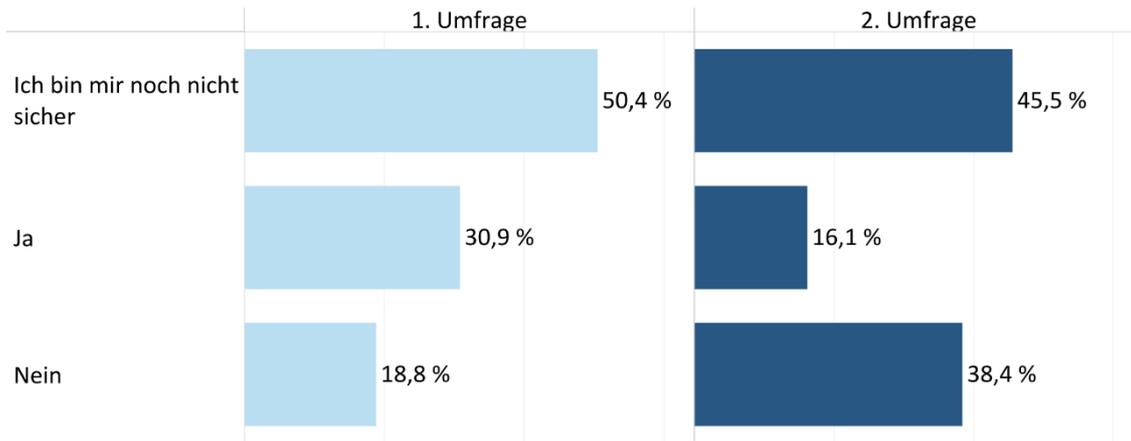


Abbildung 17: Rückkehrabsicht nach Kriegsende.

n = 1.024/776 © Minor

Die dargestellten Daten bekräftigen die Erkenntnisse der aktuellen Forschung. Alrababah et al. (2022) berichten beispielsweise, dass die Bleibeabsichten von Geflüchteten stärker von der Situation im Herkunftsland als von den Lebensumständen im Ankunftsland abhängen. Angesichts der unsicheren Situation in der Ukraine, insbesondere in den östlichen Regionen des Landes, ist die Entwicklung, die in Abbildung 17 dargestellt ist, wenig überraschend. Es ist wichtig zu betonen, dass die Interpretation dieser Ergebnisse kontextabhängig ist: Die Studie von Husein & Wagner (2023) zeigt auf, dass sogar die Formulierung der Fragen zu den Bleibeabsichten einen signifikanten Einfluss auf die Antworten der befragten Personen hat. Daher ist es ratsam, die deskriptive Statistik mit den Antworten auf die offenen Fragen zu erweitern. Die folgenden Angaben liefern vereinzelt Auskunft über die Rückkehr- bzw. Bleibeabsichten von Geflüchteten aus der Ukraine in der Metropolregion. Ein Beispiel dafür ist eine Befragte, deren schwere Fluchterfahrung eine große Rolle bei ihrer Entscheidung spielt:

„Wegen der Flucht habe ich genug gelitten, deswegen möchte ich nicht in die Ukraine wiederkehren.“ (Frau, 50 Jahre alt)

Andere Umfrageteilnehmenden heben die entscheidende Bedeutung des Wohlbefindens ihrer Familie und insbesondere ihrer Kinder hervor:

„Vielen Dank für alles. Ich hoffe, es klappt und wir bleiben für immer hier. Wir wollen in einem Land ohne Krieg leben und arbeiten. Kinder dürfen keinen Krieg sehen.“ (Frau, 31 Jahre alt)

„Ich will in Deutschland bleiben. Ich bin diesem Land sehr dankbar, für das Asyl für mich und mein Kind in diesen schweren Zeiten. [...] Ich versuche, die Sprache zu lernen und ich lerne es unbedingt, egal, wie schwer das ist. Mein Kind besucht eine Schule und ist in einem Fußballklub. Es gefällt ihm hier sehr gut. Er möchte hier seine Bildung erhalten. Bei erster Gelegenheit kommt mein Mann auch nach Deutschland und er will hier im Bereich Rundfunk arbeiten, er ist ein Videoingenieur. Ich danke Deutschland. Ja, ich habe vor, zu pendeln, da in der Ukraine meine Eltern und die Eltern meines Mannes sind. Außerdem wollen wir mit meinem Mann hier in Deutschland unser zweites Kind haben.“ (Frau, 37 Jahre alt)

Außerdem scheint die Situation in der Ukraine bei der Entscheidung über eine potenzielle Rückkehr ins Gewicht zu fallen.

„Meine Kleinstadt in der Ukraine ist seit alle 700 Tage auf der Frontlinie. Es ist unmöglich, zurückzukehren. Und in Deutschland ist es unmöglich, einen Job zu finden. Was kommt noch?... Ich weiß es leider nicht...“ (Frau, 52 Jahre alt)

„Leider wird das [niedrige] Niveau der Toleranz und die Korruption mir keine Chance geben, in meine Heimat zurückzukehren.“ (Unbekannt, 33 Jahre alt)

Darüber hinaus betrachten einige Befragte die Aufnahme einer bezahlten Beschäftigung als einen der Hauptfaktoren für den Verbleib oder die Rückkehr.

„Wenn ich eine Arbeit habe - bleibe ich für immer. Ein Bettler werde ich nicht.“ (Mann, 52 Jahre alt)

3.12. „Post Migration Living Difficulties“ (PMLD)

Über PMLD

„Post-Migration Living Difficulties“ (PMLD) ist eine Checkliste, die von Silove et al. (1998) entwickelt wurde, um die Belastungen bzw. Stressfaktoren zu messen, die bei Geflüchteten nach der Flucht auftreten können. Die in der PMLD-Checkliste zusammengefassten Herausforderungen umfassen zwischenmenschliche Faktoren wie Sprach- und Kommunikationsprobleme, Diskriminierungserfahrungen, Erfahrungen im Umgang mit Behörden, Wohnungsprobleme, Arbeitssituation, Armut sowie psychologische Faktoren wie Einsamkeit und Langeweile.

Die Skala besteht ursprünglich aus 26 Items, die jeweils auf einer sieben-Punkte-Bewertungsskala basieren und für verschiedene Bevölkerungsgruppen sowie Länder adaptiert und teilweise modifiziert wurden. In der vorliegenden Studie verwenden wir die Kurzversion der Checkliste nach Semmlinger & Ehring (2022). Die Fragen wurden leicht angepasst und auf die Situation der Geflüchteten aus der Ukraine zugeschnitten. So wurden bspw. Items, die sich auf Erfahrungen mit dem BAMF bezogen, aus der Checkliste entfernt, da sie für Geflüchtete aus der Ukraine nicht relevant sind. Stattdessen wurden der Liste Items zu Erfahrungen mit deutschen Behörden (wie Landesamt für Einwanderung, Jobcenter und Sozialämter) hinzugefügt. Die Befragten wurden nach dem Ausmaß der Schwierigkeiten gefragt, die sie seit ihrer Ankunft in Deutschland erlebt haben. Die Items werden gemäß Semmlinger & Ehring (2022) auf einer fünfstufigen Skala bewertet (0 = kein Problem bis 4 = schwerwiegendes Problem).

Ergebnisse der PMLD von 2023 und 2024

In der im Jahr 2023 durchgeführten Befragung wurde ebenfalls die PMLD-Checkliste aufgenommen. Trotz der unterschiedlichen Stichproben ist es von Interesse, die Unterschiede in den Ergebnissen zwischen den beiden Befragungszeitpunkten zu analysieren (Abbildung 18).



Abbildung 18: Mittelwerte der Postmigration Living Difficulties nach Befragungszeitpunkt. Skala von 0 (kein Problem) bis 4 (schwerwiegendes Problem). n = (zwischen 995 und 1.005) / (zwischen 750 und 769) © Minor

Fortbestehende Sorge über die Familie in der Ukraine und Heimweh

Ähnlich wie bei der ersten Umfrage zeigen sich auch in der vorliegenden Stichprobe die größten Probleme für die Befragten in der Sorge um ihre Familie im Heimatland sowie im Heimweh. Dabei lassen sich kaum Unterschiede zwischen den Mittelwerten der beiden Befragungszeiten feststellen.

Mehr Sorge um die Arbeitssuche

In der aktuellen Umfrage zeigt sich, dass die Befragten große Sorgen haben, keine Arbeit zu finden, gefolgt von Sorgen um die Familie und Heimweh. Somit lässt sich erkennen, dass im Vergleich zum Anfang des Jahres 2023 das Thema Arbeit für Ukrainer*innen eine bedeutendere Rolle eingenommen hat. Diese Verschiebung war zu erwarten, da die Menschen im letzten Jahr vermehrt mit anderen bürokratischen Angelegenheiten, Sprachkursen oder der Wohnungssuche beschäftigt waren.

Diese Ergebnisse werden auch durch den Bericht der Fachstelle Einwanderung und Integration¹³ bestätigt, der darauf hinweist, dass Ukrainer*innen in den sozialen Medien arbeitsbezogenen Fragen zunehmend eine höhere Priorität eingeräumt haben als noch im Jahr 2022 (FEI 2024)¹⁴. Die Daten, die von März 2022 bis Januar 2024 mittels einer speziellen Telegram-Anwendung erhoben wurden, zeigen, dass ab dem zweiten Quartal 2023 eine Zunahme der Diskussionen über Arbeit zu beobachten war, begleitet von einem Rückgang der Diskussionen über soziale Leistungen und das Jobcenter.

Kommunikation und Sprachprobleme

Kommunikations- und Sprachprobleme stellen ebenfalls Herausforderungen dar, die über dem Gesamtdurchschnitt der Skala bewertet werden. Wie bereits im Kapitel 6.3. beschrieben, berichten auch an dieser Stelle einige Geflüchtete in den offenen Kommentaren über den Zusammenhang zwischen Kommunikationsschwierigkeiten, erfolgloser Arbeitsmarktintegration und der damit verbundenen psychischen Belastung.

„Wir haben schwache Kommunikationskompetenzen. Ich wünsche mir eine Möglichkeit, Sprachbarriere am Arbeitsplatz aufzuheben. Leider kann ich dadurch kein Job finden. Man fühlt sich nutzlos.“ (Frau, 52 Jahre alt)

Auch außerhalb des Zugangs zur Beschäftigung spielt Sprachkompetenz eine entscheidende Rolle in vielen anderen Aspekten der Integration. Die alltägliche Notwendigkeit, mit Sprachbarrieren umzugehen, wird als stressig empfunden, sei es in Bezug auf die täglichen Kommunikationsanforderungen im Gesundheitswesen oder anderen Lebensbereichen.

„[...] Ständiger Stress wegen den Sprachschwierigkeiten und Unklarheit über den zukünftigen Status.“ (Frau, 62 Jahre alt)

„Ihr denkt an die Arbeit der Geflüchteten, schickt sie in Sprachkurse für ihren Beruf, aber ihr denkt nicht daran, dass sie die Sprache brauchen, um zum Beispiel mit Ärzten zu kommunizieren. Und solche Vokabeln gibt es in den Kursen fast gar nicht. [...] Ich bin so müde.“ (Frau, 37 Jahre alt)

Sorge bei Gesundheitsproblemen keine Behandlung zu erhalten

Die Angst, bei Gesundheitsproblemen keine angemessene Behandlung zu erhalten, stellt für die Befragten einen bedeutenden Stressfaktor dar. Beim Vergleich der beiden Befragungszeitpunkte konnten keine Unterschiede festgestellt werden, was darauf hindeutet, dass dieses Problem weiterhin von hoher Relevanz ist. In den offenen Antworten lassen sich vereinzelt Hinweise darauf finden, dass die Gesundheitsversorgung für die Geflüchteten nicht den Erwartungen entspricht oder dass es Probleme bei der Terminvereinbarung für Arztbesuche gibt.

¹³ Für weitere Informationen über das Projekt siehe: <https://minor-kontor.de/fachstelle-einwanderung-und-integration/>.

¹⁴ Diese Feststellung basiert auf der Analyse von Diskussionen aus über 240 Telegram-Gruppenchats in ukrainischer und russischer Sprache über Deutschland im Rahmen des Projekts NexSM. Für weitere Informationen über das Projekt siehe: <https://minor-kontor.de/nexsm/>.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in den offenen Antworten deutlich wird, ist die Situation von Menschen mit Behinderungen. Insbesondere wird der Mangel an spezialisierten oder erweiterten Unterstützungsangeboten für Erwachsene und Kinder mit Behinderungen sowie die Unsicherheit bezüglich ihrer zukünftigen Perspektiven hervorgehoben.

„Ich habe eine Behinderung. Ich habe Angst vor der Zukunft.“ (Frau, 50 Jahre alt)

„Das Jugendamt ist einfach Mist. Sie helfen Kindern mit Behinderungen nicht. Das habe ich in Deutschland nicht erwartet.“ (Frau, 48 Jahre alt)

Einsamkeit und Langeweile

Es scheint, dass Einsamkeit und Langeweile im Laufe der Zeit zugenommen haben. Interessanterweise stellt Einsamkeit und Langeweile ein Problem dar, das sich bei jüngeren Befragten verstärkt. Insbesondere bei Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren wird dieser Aspekt im Vergleich zu älteren Befragten als ein höherer Belastungsfaktor bewertet.

Aktuelle Wohnsituation

Nach den Ergebnissen der PMLD zeigt sich, dass die aktuelle Wohnsituation eine Herausforderung darstellt, die erst nach der Sorge um Arbeitslosigkeit, der Sorge um die Familie, Heimweh, Einsamkeit sowie sprachlichen und kommunikativen Problemen in den Vordergrund tritt. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass bereits ein signifikanter Anteil der Befragten eine eigene (Miet-)Wohnung gefunden hat.¹⁵ Etwa drei Viertel der Befragten geben an, dass sie ihre eigene (Miet-)Wohnung gefunden haben, während etwa 10 % bei Verwandten oder Bekannten leben, weitere knapp 10 % in einer Geflüchtetenunterkunft wohnen und 4 % bei einer Gastfamilie untergebracht sind.

¹⁵ Es lässt sich daraus nicht eindeutig erkennen, ob die Mehrheit der Geflüchteten bereits eine Wohnung gefunden hat oder ob die Umfrage diejenigen Geflüchteten, die in Flüchtlingsunterkünften leben, nicht ausreichend erreicht hat.

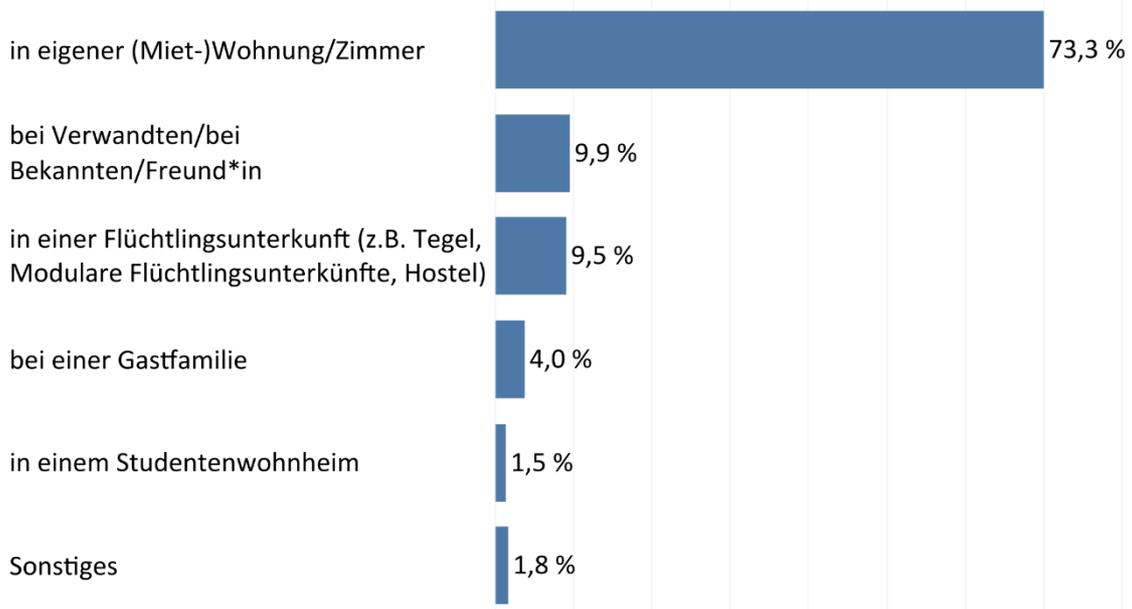


Abbildung 19: Aktuelle Wohnungssituation der Befragten.

n = 955 © Minor

Die Befragten, die in einer Geflüchtetenunterkunft leben, bewerten ihre Wohnsituation stärker als Belastungsfaktor, gefolgt von denen, die bei einer Gastfamilie wohnen. Ebenso empfinden auch diejenigen, die bei einer Gastfamilie untergebracht sind, ihre aktuelle Wohnungssituation deutlich belastender als beispielsweise Befragte, die eine eigene (Miet-)Wohnung haben.

Auch in den offenen Antworten von Befragten, die im Ankunftszentrum Tegel leben, gibt es viele Hinweise darauf, dass die Lebenssituation der Geflüchteten dort eine Herausforderung darstellt. Einige Befragte beklagen, dass es zu lange dauert, eine Unterkunft zu finden, wodurch sie gezwungen sind, im Ankunftszentrum Tegel zu verbleiben.

„Unterkunft in Berlin. Sehr lange Wartezeiten auf eine Unterkunft, die Wohnverhältnisse sind sehr ungemütlich (insbesondere in Tegel). Es dauert lange, auf eigene Faust eine Unterkunft zu finden. Man wird erst von Tegel versetzt, wenn man ein Jahr oder länger dort gelebt hat.“ (Frau, 25 Jahre alt)

Zusätzlich zur Herausforderung, eine Unterkunft zu finden, haben einige Befragte die ungünstigen Lebensbedingungen in dem Ankunftszentrum Tegel hervorgehoben und kritisiert. Diese reichen von der Qualität der angebotenen Verpflegung bis hin zum Mangel an Privatsphäre.

„Ich lebe seit fünf Monaten in Tegel in einem Zimmer mit 13 Fremden. Ekelhaftes Essen, viele Alkoholiker und Drogensüchtige. Die freiwilligen Helfer helfen praktisch in keiner Weise. Schreckliche Lebensbedingungen in Tegel. Bitte kommen Sie und schauen Sie sich selbst um und nehmen Sie Einfluss auf diese Situation.“ (Frau, 49 Jahre alt)

„Bitte achten Sie auf das Camp Tegel. Hier herrscht völliger Chaos, keine Hygiene, man kann das Essen nicht essen. In D3, wo die Ärzte sind, ist nur Unhöflichkeit, man kommt nicht zum Arzt, erst recht nicht zum Facharzt. Auch die Zuständige der Wohnungszuweisungsstelle ist unhöflich.“ (Frau, 57 Jahre alt)

Eine Befragte betont die Abwesenheit von ukrainischsprachigem Personal in den modularen Häusern und im Ankunftszentrum Tegel, sowie die Schwierigkeit eine Unterstützung von Personen zu erhalten, mit denen man keine gemeinsame Sprache spricht. Dies zwingt die Betroffenen, in anderen karitativen Einrichtungen Hilfe zu suchen.

„[...] Es gibt eine Menge Personal im Lager Tegel und in den modularen Häusern, aber es gibt wenig Unterstützung von ihnen, wenig Hilfe, ich und viele andere Menschen gehen zu Freiwilligen in karitative Einrichtungen, und sie geben Unterstützung und Ratschläge und lösen Probleme, die man hat, weil sie deine Sprache kennen und jedes Problem lösen. Und die Sozialarbeiter im Lager fühlen sich, als wären sie gekommen, um miteinander Party zu machen. Einige von ihnen können meine Sprache, aber aus irgendeinem Grund sind sie im wirklichen Leben keine Hilfe. In den modularen Häusern gibt es Leute, die deine Sprache nicht kennen und dir deshalb nicht helfen können. Ich verstehe, dass man die Sprache lernen muss, aber es ist schwierig, sich anzupassen, wenn es keine Leute gibt, die deine Sprache sprechen.“ (Frau, 48 Jahre alt)

Gestiegene Ausgrenzung und Diskriminierungserfahrungen

In der vorliegenden Umfrage zeigt sich im Vergleich zur vorherigen ein höherer Mittelwert hinsichtlich der Diskriminierungserfahrungen. Ebenso wie zuvor berichten einige Befragte in den offenen Antworten über ihre eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung, sei es im Kontext der Arbeitssuche, der Bildung oder in anderen alltäglichen Situationen. Darüber hinaus äußern einige Befragte Bedenken und Sorge über die verstärkte negative Wahrnehmung von Ukrainer*innen in Deutschland, insbesondere die Annahme, dass sie die deutschen Sozialsysteme ausnutzen würden. Beispiele aus den offenen Antworten verdeutlichen diese Erfahrungen und Besorgnisse:

„Viele Deutsche haben Vorurteile gegenüber Migranten, obwohl zum Beispiel ich und meine Familie seit dem ersten Tag, an dem ich nach Deutschland kam, arbeiten und keine Sozialleistungen erhalten. Und genau wie sie wollen wir etwas Gutes für die Gesellschaft tun. Aber die Diskriminierung, dass man hier ein "Fremder" ist, ist sowohl bei der Arbeit im Kollektiv als auch in der deutschen Gesellschaft zu spüren.“ (Mann, 28 Jahre alt)

„Die umfangreiche Bürokratie auf allen Ebenen ist einschüchternd und bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Auch die Diskriminierung in der Gesellschaft ist sehr präsent, obwohl viele Deutsche die Ukrainer immer noch unterstützen. Die in den Nachrichten verbreitete Behauptung, dass die Ukrainer nicht in Deutschland arbeiten wollen, entspricht jedoch nicht der Wahrheit und bringt die Gesellschaft gegen die Ukrainer auf. Ich selbst bin zweimal Opfer solcher verbalen Angriffe von Deutschen geworden.“ (Frau, 33 Jahre alt)

„Manchmal muss ich die Tatsache, dass ich Ukrainerin bin, buchstäblich verbergen, um Vorurteile zu vermeiden.“ (Frau, 38 Jahre alt)

„Als ich noch minderjährig war, habe ich eine schreckliche Erfahrung mit dem örtlichen OSZ gemacht. Es herrschte offene Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft und der finanziellen Situation.“ (Frau, 18 Jahre alt)

Mentale Erschöpfung, Stress und unsichere Zukunftsaussichten

Es ist bereits bekannt, dass Geflüchtete, insbesondere Frauen, nach der Flucht anfälliger für bestimmte psychische Probleme wie z. B. Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), Depressionen und Angstzustände sind. In den offenen Antworten der vorliegenden Umfrage wird die mentale Belastung bei Geflüchteten deutlich, was die Bedeutung psychosozialer Unterstützungsmaßnahmen erneut unterstreicht.

„Ich fühle mich komplett übergestresst, und damit sehe ich keine Möglichkeit Hilfe und Lösung zu finden. Ich bin nicht sicher, dass ich noch länger funktionieren werde. Ich arbeite Vollzeit, und ich soll viel lernen, nachholen (obwohl ich in meinem Beruf Physiotherapie arbeite, es gibt natürlich viele Unterschiede). Ich habe drei Kinder im Schulalter und versuche am besten meine Kinder mit Lernen unterstützen. Und es ist zu schwierig mit endlosen Briefen und Unterlagen umzugehen, ich kann diese Tätigkeit als zweiten Job bezeichnen. Ich versuche alles hier in Deutschland richtig und gut genug zu machen, und das bedeutet für mich immer ohne Pausen im Tempo und gestresst zu sein.“ (Frau, 44 Jahre alt)

Die vielschichtigen emotionalen Herausforderungen, denen Geflüchtete gegenüberstehen – insbesondere die alltäglichen Ängste und Belastungen des Geflüchtetenlebens – kollidieren mit dem Druck zur Arbeitsaufnahme. Die Antwort einer Befragten verdeutlicht die Notwendigkeit, den emotionalen Zustand der Betroffenen zu berücksichtigen, um eine umfassende und effektive Unterstützung zu gewährleisten:

„[...] Und man berücksichtigt nicht den emotionalen Zustand eines Menschen, wenn man nach Hause will und Angst hat, unter Bomben zu gehen, wenn man in einer fremden Umgebung ohne Sprache ist und diese Umgebung ständig etwas von einem will, und man verdammt müde und emotional erschöpft ist. Aber alles, was die Menschen um dich herum interessiert, ist, dich so schnell wie möglich zur Arbeit zu bringen [...].“ (Frau, 37 Jahre alt)

Zusätzlich gibt es Hinweise darauf, dass die unsichere aufenthaltsrechtliche Situation in Deutschland einen weiteren Stressfaktor für die Befragten darstellt. Dies erschwert es, langfristige Ziele zu planen oder sich auf bestimmte Vorhaben zu konzentrieren, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Es wäre gut, wenn die Zukunft eine Klarheit hätte. Z. B. was passiert nach dem Ende des §24.“ (Frau, 34 Jahre alt)

4. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende Studie bietet einen umfassenden Einblick in die aktuelle Situation der Geflüchteten aus der Ukraine in der Metropolregion Berlin-Brandenburg, mit besonderem Blick auf ihre Arbeitsmarktintegration. Die Ergebnisse der vom Januar bis März 2024 durchgeführten Befragung wurden durch sekundäre Daten ergänzt, um die Probleme, Schwierigkeiten und Chancen dieser Zielgruppe umfassend zu analysieren.

Trotz des hohen Bildungsniveaus vieler Geflüchteten und des erleichterten Zugangs zum Arbeitsmarkt stehen diese vor zahlreichen Hürden bei der (Arbeitsmarkt-)Integration. Dazu zählen Sprachbarrieren, Schwierigkeiten beim Zugang zu qualifikationsadäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten und Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Bildung bzw. Beruf, insbesondere aufgrund von Engpässen bei Kita- und Schulplätzen. Komplexe bürokratische Abläufe und Schwierigkeiten bei Jobcentern und Arbeitsagenturen, sowie mangelnder Zugang zu Sprach- und Integrationsmaßnahmen erschweren ebenfalls ihre Integration. Das Anerkennungsverfahren der im Ausland erworbenen formalen Qualifikationen stellt für viele eine besonders herausfordernde Hürde dar, die eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration verlangsamt oder sogar verhindert.

Angesichts der Entwicklung des Migrations- und Ankommensprozesses liegt es nahe, dass die Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung gewonnen hat. Viele von ihnen streben eine qualifikationsadäquate Beschäftigung an und äußern den Wunsch, in Deutschland zu bleiben. Allerdings scheinen sie zunehmend auf eigene Bemühungen angewiesen zu sein, um eine Beschäftigung zu finden. Nur wenige geben an, ihre Anstellung über den Jobcenter oder die Agentur für Arbeit vermittelt bekommen zu haben. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer verbesserten, auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen Unterstützung im Bewerbungsprozess und bei der Vermittlung zwischen Unternehmen und Geflüchteten.

Neben den Herausforderungen beim Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es auch problematische Zustände nach der Arbeitsaufnahme. Daten der Agentur für Arbeit zeigen, dass ein erheblicher Anteil der Geflüchteten in gering qualifizierten Tätigkeiten arbeitet und auf Niedriglöhne angewiesen ist.

Einzelne Rückmeldungen von Befragten deuten zudem auf Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung und Arbeitsausbeutung hin. Neben der Arbeitsmarktintegration dürfen auch psychologische Aspekte nicht vernachlässigt werden. Die Ergebnisse der „Post Migration Living Difficulties“-Checkliste verdeutlichen die anhaltenden Sorgen der ukrainischen Geflüchteten, insbesondere in Bezug auf ihre Familien in der Ukraine, Heimweh sowie Kommunikations- und Sprachschwierigkeiten. Die Unsicherheit über die Gesundheitsversorgung, die Wohnsituation und das Gefühl der Einsamkeit erhöhen die psychische Belastung der Befragten und verschärfen diese Herausforderungen zusätzlich.

Trotz dieser Schwierigkeiten planen viele Geflüchtete in Deutschland zu bleiben bzw. schließen dies nicht aus, u.a. aufgrund der unsicheren Lage in der Ukraine. Die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt scheint für ihre Entscheidung von großer Bedeutung zu sein. Um ihre Bleibeperspektive zu stärken, ist es wichtig, die genannten Hürden zu überwinden und den

Geflüchteten weiterhin Unterstützung beim Aufbau ihres Lebens in der Metropolregion Berlin/Brandenburg anzubieten, die sowohl materielle als auch psychosoziale Aspekte berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

- Alrababah, A./ Masterson, D. / Casalis, M./ Hangartner, D./ Weinstein, J. M., 2023: The dynamics of refugee return: Syrian refugees and their migration intentions. *British Journal of Political Science*, 53(4), S. 1108–1131. <https://doi.org/10.1017/s0007123422000667> (25.04.2024).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2023: Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten - Deutschland, Länder und Kreise (Quartalszahlen). Juni 2023. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523064&topic_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft (25.03.2024).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024a: Migrationsmonitor (Monatszahlen, Januar 2024, Land Berlin). Tabelle 2.6: Zeitreihe sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende (6 Monatswert) nach Staatsangehörigkeit und Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&r_f=bl_Berlin&topic_f=migrationsmonitor (22.03.2024).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024b: Migration und Arbeitsmarkt. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (22.03.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023: Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung. Forschungsbericht 41. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024a: Auswertung aus dem Ausländerzentralregister zum Stichtag 31.03.2024. BAMF-Ausländerzentralregister und BAMF-Forschungsdatenzentrum. Sonderanfrage. (Datenstand: 31.03.2024, Datenübermittlung: 04.04.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024b: Die Berufssprachkurse (BSK) des BAMF: vielfältig und bedarfsgerecht. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Berufsbezsprachf-ESF-BAMF/berufssprachkurse-kursarten-ueberblick.pdf?__blob=publicationFile (03.04.2024).
- [BAMS] Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2024: Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Migration-und-Arbeit/Flucht-und-Aysl/Turbo-zur-Arbeitsmarktintegration-von-Gefluechteten/turbo-zur-arbeitsmarktintegration-von-gefluechteten.html> (10.04.2024).
- Bertelsmann Stiftung, 2023: Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/fachkraefte-radar-fuer-kita-und-grundschule-2023> (25.04.2024).
- Bushanska, V. / Scholz, M. / Zorner, J., 2024: Anerkennung ukrainischer Berufsqualifikationen. Erkenntnisse aus der amtlichen Statistik und aus der Praxis. 78 (1): 19-22. <https://doi.org/10.3278/BB2404W006> (25.04.2024).
- Deutscher Kitaleitungskongress, 2023: DKLK-Studie 2023. Themenschwerpunkt: Personalmangel in Kitas im Fokus. Eine bundesweite Befragung unter 5.387 Kitaleitungen. https://deutscher-kitaleitungskongress.de/wp-content/uploads/2023/03/DKLK_Studie_2023_210x297_A4_V07_RZ-1.pdf (25.04.2024).

- [Destatis] Statistisches Bundesamt, 2024: Rohdatenausählung ausländische Bevölkerung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/rohdaten-auslaendische-bevoelkerung-zeitreihe.html#fussnote-1-586248> (20.03.2024).
- Diehl, C. / Preisendörfer, P., 2007: Gekommen um zu bleiben? Bedeutung und Bestimmungsfaktoren der Bleibeabsicht von Neuzuwanderern in Deutschland. *Soziale Welt*: 5-28.
- [FEI] Fachstelle Einwanderung und Integration, 2024: Geflüchtet, um zu bleiben? Ein Beitrag zu der aktuellen Diskussion zur Arbeitsmarktintegration von ukrainischen Geflüchteten in Deutschland und Europa – Teil 3. <https://minor-kontor.de/gefluechtet-um-zu-bleiben/> (20.03.2024).
- [GEW] Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand, 2021: Verschenkte Chancen? Die Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis von migrierten Lehrkräften in den Bundesländern. <https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=109089&token=df1612a1eaadf2db47abac13effe4f912c44ecc3&sdownload=&n=202108-Migrierte-Lehrkraefte-2021-A4-web.pdf> (25.04.2024).
- Husein, N. A. / Wagner, N., 2023: Determinants of Intended Return Migration among Refugees: A Comparison of Syrian Refugees in Germany and Turkey. *International Migration Review*, 57(4): 1771–1805. <https://doi.org/10.1177/01979183221142780> (25.04.2024).
- [MB 4.0] Migrationsberatung 4.0, 2022: Ukrainische Betreuungskräfte in der häuslichen Betreuung in Deutschland, Stellungnahme. <https://minor-kontor.de/ukrainische-betreuungskraefte/> (02.02.2024).
- Semmlinger, V. / Ehring, T., 2022: Adapted version of the Post-migration Living Difficulties Checklist (Silove et al., 1998). DOI 10.17605/OSF.IO/M2T4N. <https://osf.io/m2t4n/> (20.03.2022).
- Silove, D. / Steel, Z. / McGorry, P. / Mohan, P., 1998: Trauma exposure, postmigration stressors, and symptoms of anxiety, depression and post-traumatic stress in Tamil asylum-seekers: comparison with refugees and immigrants. *Acta Psychiatrica Scandinavica*, 97(3): 175-181.
- Statista, 2024: Anteil von Frauen und Männern in verschiedenen Berufsgruppen in Deutschland am 30. Juni 2023 (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte). <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167555/umfrage/frauenanteil-in-verschiedenen-berufsgruppen-in-deutschland/> (16.04.2024).
- Stratton, S. J., 2021: Population research: convenience sampling strategies. *Prehospital and disaster Medicine*, 36(4), 373-374.
- Ünsal, G. / von Oswald, A. / Lushankina, O., 2023: Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg. Ergebnisse einer Online-Umfrage über die Arbeitssituation und Lebensbedingungen, Stand Februar 2023. <https://minor-kontor.de/gefluechtete-aus-der-ukraine-in-berlin-und-im-land-brandenburg/> (28.03.2024)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Fort- und Zuzüge in die/aus der Ukraine nach Berlin/ aus Berlin.....	4
Abbildung 2: Bevölkerungspyramide der Geflüchteten aus der Ukraine nach Bundesland und bundesweit (Stichtag: 31.03.2024).	6
Abbildung 3: Beschäftigte Ukrainer*innen in Berlin nach Anforderungsniveau der Beschäftigung (Januar 2022 - Juli 2023).....	8
Abbildung 4: Wirtschaftszweige von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig beschäftigten Ukrainer*innen in Berlin.	9
Abbildung 5: Mediane Entgelte der Vollzeit-Beschäftigten in Berlin nach Bevölkerungsgruppen	10
Abbildung 6: Mediane Entgelte der Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen.	10
Abbildung 7: Anteil der ukrainischen Beschäftigten mit Entgelten unterhalb der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.431 €) nach Bundesländern (Stichtag: 31.12.2022).	11
Abbildung 8: Regionen der Ukraine, in denen die Befragten vor dem Krieg lebten.....	14
Abbildung 9: Deutschkenntnisse der Befragten zum Zeitpunkt der Umfrage	15
Abbildung 10: Hauptbeschäftigung der Befragten nach Geschlecht.	18
Abbildung 11: Beschäftigungsform der Befragten nach Geschlecht.	19
Abbildung 12: Wege, durch die die Befragten ihre Arbeit gefunden haben.	20
Abbildung 13: Teilnahme der Befragten an Integrations- und Sprachkursen nach Geschlecht.	22
Abbildung 14: Anerkennung der beruflichen formalen Qualifikationen.	28
Abbildung 15: Aussagen über die Erfahrungen der Befragten bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern.....	31
Abbildung 16: Verbleibabsichten innerhalb der nächsten 06/12 Monate in Berlin/Brandenburg. Ergebnisse der Umfragen aus den Jahren 2023 und 2024.	35
Abbildung 17: Rückkehrabsicht nach Kriegsende.	36
Abbildung 18: Mittelwerte der Postmigration Living Difficulties nach Befragungszeitpunkt.....	38
Abbildung 19: Aktuelle Wohnungssituation der Befragten.	41

Impressum

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“
ist ein Projekt von



Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
Tel.: +49 30 – 45 79 89 500
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
<https://minor-kontor.de/european-labour-lab-berlin/>

Gefördert von der Senatsverwaltung für
Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integra-
tion, Vielfalt und Antidiskriminierung

